


## Bundesratswahlen: Tag der Abrechnung?

Démocrate  Suisse  
Pages 13–15



Markus Borner,  
Präsident SD-  
BS, e. Grossrat,  
Basel

Der 12. Dezember 2007 wird in die schweizerische Geschichte eingehen. Sechs bisherige und eine neue Bundesrätin wurden von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt. Ein Bisheriger wurde nach einer nur 4-jährigen Amtszeit abgewählt: Christoph Blocher! Ging Alles mit rechten Dingen zu oder was lief da falsch?

Der Schreibende informierte sich in unüblicher Weise an diesem Mittwochmorgen von kurz vor 8.00 bis 12.30 Uhr ständig am Radio über das Allerneueste aus dem Bundeshaus. Hunderttausende Mitbürger taten es ihm zu diesen

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

Stunden gleich! Radio, TV und Internet vermeldeten höchste Einschaltquoten. Das Ganze war spannend wie noch nie! In diesem «Wahlkrimi» gab es auch Mörder, Opfer, Verräter, Nutzniesser, Zeugen und viele, viele «Gaffer», die sich offen oder klammheimlich freuten oder nervten. War dies die hohe Politik, wie sie sein soll oder eher das Resultat von hinterhältigen Polit-Intrigen, wie wir sie sonst nur aus dem

Ausland kennen? Eines ist nun mit dieser Bundesratswahl bewiesen worden: Zahlreiche Schweizer Politiker sind keinen Deut besser als ihre «Kollegen» in totalitären Staaten. Wohlverstanden, es floss (noch) kein Blut, doch zumindest die Köpfe der Parlamentarier in beiden Lagern, – für und gegen Blocher – überhitzten sich übermässig.

### Vor der entscheidenden Wahl

Die SVP gewann bei den letzten Nationalratswahlen nicht ganz überraschend Mandate hinzu (dies vorab auf Kosten der SP und der FDP). Die SVP zog damals einen Wahlkampf durch, wie noch nie zuvor. Vom übermässigen finanziellen Einsatz dieser Partei wollen wir hier nicht reden: Es ist eine Tatsache! Die SVP spielte die Trumpfkarte aus mit der Parole: «Christoph Blocher wieder in den Bundesrat!» Offensichtlich verfiel diese Taktik bei fast 30 Prozent der Wählenden. Diese legten die Wahlliste der SVP ein. **Aber Achtung! Der Bundesrat wird nicht vom Volk – sondern von der Vereinigten Bundesversammlung (National- und Ständerat zusammen) gewählt!**

Damit ein Kandidat (oder eine Kandidatin, wie es denn auch kommen sollte!), sicher in den Bundesrat gewählt wird, benötigt dieser die Unterstützung von mehr als der Hälfte der Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung. **Die SVP ist mit ihren 70 Gewählten in diesem Gremium wohl die stärkste Gruppierung; sie hat aber keine Mehrheit!**

Und deshalb benötigt ein SVP-Kandidat zusätzliche Stimmen von andern Parteien, resp. deren Vertretern. Vor vier Jahren reichte es Christoph Blocher hierzu knapp; dies dank der Unterstützung von FDP und einigen CVP-Parlamentariern. Damals dachten viele, dass sich Blocher im Bundesrat schon «anpassen» würde...



S. Wegmann: Eine gute Gesamtübersicht!

(reproduziert aus «Sonntag», 6. Januar 2008)

### Christoph Blocher als Wahlkämpfer

Gewiss, der frühere SVP-Parteipräsident hat als Bundesrat Einiges bewegt. Das neue, verschärfte Ausländer- und Asylgesetz (wenn man dieses heute doch nur immer konsequent anwenden würde!) brachte er mit Bravour in der Volksabstimmung durch. Auch das neue Aktienrecht erhielt von allen Seiten viel Lob! Bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit aus den neuen EU-Oststaaten sagte dieser Bundesrat jedoch wörtlich: «Wir sollten es wagen!», womit er seiner eigenen Partei in den Rücken fiel! (bei der seinerzeitigen Abstimmung über die Einführung des sogenannten «Antirassismusetzes» im Jahre 1994 handelte er ähnlich!!).

Es muss ebenso erwähnt werden: Christoph Blocher äusserte sich als Bundesrat nie gegen die (Massen-)Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften. Im Gegenteil – er behandelte das Problem der Einwanderung als Normalität. So zitierte ihn die «Aargauer Zei-

tung» am 25.10.07 wie folgt: **«Grundsätzlich gehört die Schweiz heute zu den Ländern, die ein vergleichsweise geringes Ausländerproblem haben. Ein Grossteil der aus dem Ausland stammenden Menschen sei gut integriert. Die in den vergangenen Wochen in ausländischen Medien verbreiteten gegenteiligen Einschätzungen seien deshalb Stumpfsinn.»**

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 4 Volksinitiative  
«Gegen Kampffjetlärm in  
Tourismusgebieten»
- 6 Polit-Theater in der Schweiz
- 8 Multikulturell = Multi-  
kriminell
- 9 Ein zweiter Ruedi Minger  
täte not!
- 11 Aus den Kantonen

## Bundesratswahlen: Tag der Abrechnung?

Fortsetzung von Seite 1

Bei den Asyltouristen hielt er demgegenüber den Daumen drauf. Und dies brachte der SVP wiederum Stimmen und somit Wahlsiege! Tatsache ist aber: Die Einwanderung in die Schweiz wird nicht in erster Linie massiv durch Asylbewerber angekurbelt (die Kriminalität schon!) – sondern durch die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften und deren Familiennachzug!

## Christoph Blocher als (ab)verheiter Strategie

Alt-Bundesrat Blocher führte sein Departement wie ein Industrieller – wie ein Patron sein Unternehmen. Die SVP wird übrigens in gleicher Weise geführt. Oben wird entschieden – die Basis gehorcht und führt die Vorgaben aus! Christoph Blocher wäre bei einer Wiederwahl in den Bundesrat wohl sehr gerne auch Bundespräsident geworden. Er hätte bei einer Demission der langjährigen Bundesräte Moritz Leuenberger (SP) und/oder Pascal Couchepin (FDP), das eine oder andere Departement mit Freude übernehmen wollen, um auch dort seine «Spuren» hinterlassen zu können. Nicht zu unterschätzen war (und ist immer noch) die Funktion von Frau Silvia Blocher, die ihren Gatten in jeder Hinsicht – von der Auswahl der Krawatte bis hin zum Vorbestellen des Abendessens an einem auswärtigen Anlass (es darf nichts Kaltes sein!) – unterstützt und vermutlich noch einiges mehr. Ohne zu übertreiben, ist es wohl eine Tatsache, dass Frau Blocher die meisten anderen Bundesratsgattinnen auf manchem Gebiet weit überragte. Dass es in jeder Familie auch ein schwarzes Schaf gibt, bewies Gerhard Blocher (ehemaliger Pfarrer im schaffhausischen Hallau), der ältere Bruder von Christoph Blocher, der kurz vor der Bundesratswahl in einer Fernsehsendung mehr als nur dümmliche Sprüche von sich gab und dabei in primitivster Weise über politische Gegner herfiel.

## Die erwartete Wiederwahl

Ja, die SVP-Strategen waren sich sicher, dass der erfolgreiche BR Christoph Blocher wiedergewählt würde. Vor vier Jahren «bearbeiteten» die SVP-Männer vor der entscheidenden Wahl unermüdlich befreundete Parlamentarier (inkl. die Damen!), um das notwendige Stimmenquorum zu erreichen. Nicht unerwartet gelang dies auch! Bei dieser letzten «Wahl» wählten

sich die SVP-Meinungsmacher in völliger Sicherheit.

Was sagte denn noch einige Minuten vor der Wahl der Fraktionschef der SVP im Nationalrat, Caspar Baader sinngemäss vollmundig: «Die SVP-Fraktion wird den beiden bisherigen SP-Vertretern, Micheline Calmy-Rey und Moritz Leuenberger, die Stimme nicht geben!» Diese Beiden wurden dann auch ohne die Unterstützung der SVP-Fraktion gewählt – eben halt mit einer tieferen Stimmenzahl!

## Das widersprüchliche Gebaren der SVP

Bundesrat Samuel Schmid wurde mit einem Glanzresultat mit Stimmen aus allen Fraktionen (inkl. SVP) glanzvoll wiedergewählt. **Am Nachmittag jedoch wurde derselbe BR Samuel Schmid – vermutlich mit einem «Gottesurteil» – aus der Fraktion der SVP ausgeschlossen!** Die sechs Wiedergewählten wurden noch am Mittwochmorgen vom Nationalratspräsidenten André Bugnon (SVP!) vereidigt. Was wäre geschehen, wenn es Samuel Schmid zustande gebracht hätte, erst zusammen mit dem/der 7. noch zu wählenden Person vereidigt zu werden? Dann wäre das Abwahlprozedere gegen Blocher wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. **Die SVP-Gegner wären in grösste Nöte geraten, denn ein Bundesratkollegium ohne SVP-Mitglieder wäre nicht geplant gewesen.**

## Ein Ass aus dem Ärmel geschüttelt?

Natürlich kontaktierte die SVP-Führung im Vorfeld dieser Wahlen alle für ein Bundesratsamt in Frage kommenden SVP-Mandats-träger/innen und nahm diesen das Versprechen ab, eine allfällige Wahl abzulehnen, damit auch sicher der bisherige Christoph Blocher gewählt werden muss. **Doch die Vereinigte Bundesversammlung muss nicht einen von einer Partei vorgeschlagenen Kandidaten auch wählen. Die Parlamentarier/innen sind frei in ihrer Entscheidung!** Immer wieder kam es in der Vergangenheit vor, dass «offizielle» Bundesratskandidaten nicht gewählt wurden (Walter Bringolf, SP, Leo Schürmann, CVP, Franz Steinegger, FDP, Lilian Uchtenhagen, SP, usw.). Bei Christoph Blocher ist speziell, dass dieser als fachlich kompetenter Bundesrat die Wiederwahl nicht schaffte. Spielte hier Rache, Neid oder politisches Kalkül seiner Gegner eine Rolle? «Viele Hunde sind des Hasen Tod» – heisst es im Sprichwort! Oder ganz anders ausgedrückt: Blochers Adlaten haben ihm die Stimme gegeben; es fehlten jedoch

die befreundeten, zugewandten Orte!

Eines ist bei diesem Thema gewiss: Die gewählte Bündner SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf wusste nicht erst am Vorabend vor der Wahl am Mittwoch, dass sie das «Rennen» machen könnte. Hier handelte es sich um einen – Wochen zuvor – eingefädelten wahltaktischen Schachzug. Fast alle Medien spielten dann nach der Wahl von Frau Widmer diese Tatsache total herunter, resp. sie übergangen diesen wichtigen Aspekt vollends. Meist stand in grossen Lettern in den Zeitungen geschrieben: **«Die mutige Bündnerin!»** Dabei erklärt der Herr Lehrer schon seinen Schülern, dass Ehrlichkeit am Längsten währt! Oder ist dies etwas, was heutzutage nicht mehr gilt?

Unzweifelhaft war der ebenfalls im Kanton Graubünden beheimatete SP-NR Andrea Hämmerli hier ein Drahtzieher und Weichensteller... Die gewählte Eveline Widmer bat nach der Wahl am Mittwochmorgen um eine Bedenkzeit bis Donnerstag früh um 8.00 Uhr. In diesen Stunden versuchte sie mit der SVP-Führung ins Reine zu kommen, resp. den Segen von Partei/Fraktion doch noch zu erhalten, was aber offensichtlich nicht mehr klappte. Nun gibt es zwei SVP-Parteimitglieder, die dem Bundesrat angehören, jedoch ohne Fraktion (im Rücken) politisieren.

## Die Oppositionsrolle der SVP

Da muss ja der SVP-Geissbock Zottel lachen! Die SVP betreibt ja seit Jahren Oppositionspolitik, obschon deren beide früheren Bundesräte Blocher und Schmid in der Landesregierung mitarbeiteten (die Sozialdemokraten tun übrigens Ähnliches, wenn es diesen opportunistisch erscheint!). Somit war die SVP Oppositions- und Bundesratspartei zugleich! Anders gesagt: Tanzen auf zwei Hochzeiten war Dauerzustand! Diese Art des Politisierens wurde von der heutigen SVP-Führung bis zum 12. Dezember 07 richtiggehend «kultiviert» und brachte auch Erfolge (zumindest für die SVP, nicht unbedingt für die übrigen Regierungsparteien!).

**Die SVP hat in den Augen ihrer «verbündeten» bürgerlichen Parteien FDP und CVP den Bogen in den letzten Jahren überspannt. Jetzt erhielt diese Partei, besser gesagt deren Übervater, Christoph Blocher, die Quittung, resp. die Tür vor der Nase zugeschlagen!**

Nicht wenige SVP-Parlamentarier im Bundeshaus erklären heute direkt oder indirekt, dass sie sich nicht als Oppositionspolitiker betrachten, so z.B. die dem Unter-

nehmerflügel der Partei angehörenden Nationalräte – Peter Spuhler, TG, und Hans Grunder, BE, oder auch der Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Hansjörg Walter, TG.

**Eine glasklare Oppositionshaltung, die diesen Namen auch verdient, wird es bei der SVP auf Bundesebene gar nie geben (können). Andere Aussagen der SVP-Führung, auch wenn diese von Christoph Blocher kommen und via Albisgüetli medienwirksam verbreitet werden, sind reine Augenwischerei!**

Schon kurz nach seiner Abwahl erklärte Christoph Blocher, dass die Partei mit den beiden in den Bundesrat gewählten SVP-Mitgliedern wieder zusammenarbeiten könnte, sofern diese die Ziele der SVP voll unterstützen würden. Ein anderer SVP-Exponent meinte gar, wenn wenigstens eines der beiden gewählten SVP-Mitglieder hinter der harten Zürcher SVP-Politik stünde, sei alles wieder im Lot! Da hängt auch schon die Lösung in der Luft: In zwei Jahren wird Samuel Schmid engültig genug haben von magistralen Würden (und Bürden!). Dieser wird sodann durch den auf dem Zürcher Kurs politisierenden Berner NR Adrian Amstutz im Bundesrat ersetzt, und somit ist man wieder offiziell im Bundesrat vertreten. Dies bestätigt: Nicht nur in der Tierwelt, sondern auch in der Politik gibt es «Amphibien», welche ihr Äusseres/Farbe der jeweiligen Umgebung anpassen. Solche Individuen haben die besten Chancen, lange zu (über)leben!

In der Politik geht es bei all dem Gerangel letztlich um Macht und leider nicht selten um Demütigung der gegnerischen Parteien. Jede im Bundeshaus vertretene Fraktion spielt hier mit dem Feuer. Die Probleme der Schweiz werden aber in Zukunft nicht absondern zunehmen.

## Wie weiter?

Die neueste Entwicklung in der grössten Schweizer Partei ist: **Toni Brunner** (der lustige Jungbauer!) soll Präsident werden, d.h. er muss laufen, reden, krampfen! Vorspueren und entscheiden wird weiterhin der Übervater C.B. Aber was passiert, sollte den Alt-SVP-Bundesrat einmal dasselbe Schicksal ereilen, wie seinerzeit den früheren US-Präsidenten Ronald Reagan? Letzterer konnte im hohen Alter krankheitsbedingt nicht mehr normal denken! Seine Gattin Nancy entschied alle wichtigen Dinge und pflegte ihn liebevoll bis zur Erlösung!

## Sozialhilfe-Debatte im Zürcher Gemeinderat

**csz.** Nachdem in der Presse verschiedene Fälle bekannt geworden waren, in denen beim Zürcher Sozialamt missbräuchlich oder gar betrügerisch Sozialhilfe bezogen worden war, beauftragte der Rat die GPK, dies näher zu untersuchen. Am 16. Januar 2008 kam es im Stadtparlament zur lange erwarteten Debatte über den Bericht der GPK. Selbstverständlich beteiligten sich auch die Vertreter der Schweizer Demokraten intensiv an der Diskussion.

### Aus dem Grundsatzvotum von Ueli Brasser (SD):

Die Abklärungen der GPK haben erfreulicherweise ergeben, dass bei der Sozialhilfe in der Stadt Zürich grundsätzlich den gesetzlichen Vorgaben nachgelebt wird ... Das nehmen wir Schweizer Demokraten gerne zur Kenntnis.

Die Missbrauchsdebatte der letzten Jahre erweckt bei uns zum Teil den Anschein, dass nicht nur die Missbräuche bekämpft werden sollen, sondern auch der Sozialstaat als Ganzes in Misskredit gebracht werden soll. Das lehnen wir ab! Wir stehen zu einer modernen Sozialhilfe und wollen nicht zu den Zuständen von früheren Zeiten zurück, als Hilfsbedürftige, als «Armengenössige» abgestempelt, ausgegrenzt, häufig sogar bevormundet und wenn möglich aus der Gemeinde hinausgeekelt wurden. ... Auch Sozialhilfebezügler bleiben Mitbürger; ihnen soll ein bescheidenes, aber doch noch würdiges Leben gewährleistet bleiben.

Die Anonymität der Grossstadt erleichtert aber andererseits auch Missbräuche. Der Bericht der GPK zeigt, dass im Sozialdepartement das Missbrauchspotenzial offensichtlich unterschätzt wird. Obwohl es oft nicht einfach ist, Missbrauchsfälle aufzudecken, betrug im Jahr 2006 der Anteil der Ertappten immerhin 1,6% der ausbezahlten Sozialhilfegelder. Dass unter solchen Umständen die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste den Gesamtumfang der ungerechtfertigten Bezüge auf bloss 2–3% schätzen, wirkt sehr blauäugig. Auch wenn gewiss die meisten Klienten ehrlich sind, liegt die Dunkelziffer sicher um einiges höher. Im Sozialdepartement scheint man sich sehr schwer damit zu tun, endlich einzusehen, dass wie überall, wo Geld im Spiel ist, leider auch bei der Sozialhilfe als unerwünschte Nebenwirkung eine Anziehungskraft auf Kriminelle besteht. Es ist falsch ... Mängel nur

unter grossem politischem Druck und mit sichtbarem Widerwillen anzugehen. Das schadet dem Ansehen des Sozialstaates und der zweifellos grossen Mehrheit von ehrlichen Sozialhilfebezügern...

### Aus dem Votum von Patrick Blöchliger (SD):

Aus der Sicht von uns Schweizer Demokraten ... ist eben darauf zu bestehen, dass die Anspruchsteller vollständige Unterlagen beibringen. In Luzern wird das offenbar so gemacht. Wer Unterlagen nicht beibringt oder Auflagen missachtet, wird auf Nothilfe gesetzt. ... Auch der Datenschutz scheint dort kein Problem zu sein. ... Wer ehrlich ist, hat nichts zu befürchten. Was in Luzern funktioniert, sollte doch in Zürich auch möglich sein. ... Der Einsatz von Inspektoren sollte natürlich vor allem beim Vorliegen eines konkreten Verdachts auf betrügerische Machenschaften, daneben aber auch stichprobenweise nach dem Zufallsprinzip erfolgen. ... Wirksame Kontrollen sind im Interesse der Ehrlichen, wie bei Bus und Bahn auch.

In Winterthur wird Personen, die arbeitsfähig sind, aber keine Arbeit haben, nicht einfach Sozialhilfe bezahlt, sondern gegen einen Lohn nach SKOS-Richtlinien eine Arbeit von allgemeinem Nutzen (z.B. im Wald) zugewiesen. Im Jahr 2006 hatte das zur Folge, dass von 400 Anmeldungen zur Sozialhilfe 100 wieder zurückgezogen wurden. Das gibt zu denken. ... Da und dort scheint wirklich eine Anspruchsmentalität zu bestehen, die auch nicht gerade als sozial bezeichnet werden kann.

Die Untersuchung ... hat leider ein paar Fakten zutage gefördert, die schlicht unbegreiflich sind. Im Fall 3 besteht eine pakistanische Familie auf einer Haushalthilfe aus dem Herkunftsland. Die Sozialen Dienste unterstützen dieses Ansinnen, das der Integration der vier Kinder gewiss nicht zuträglich ist, prompt, und es scheitert schliesslich nur am Nein des Schweizer Konsuls in Pakistan! Wozu eine Familie überhaupt eine Haushalthilfe braucht und die Kinder in Krippen schicken muss, wenn Vater und Mutter dauernd arbeitslos sind, bleibt ein Geheimnis der Administration Stocker ...

Die Fälle 5 und 9 schliesslich sind exemplarisch für den Missstand, den wir mit unserem Postulat angehen wollen. Ein Ehepaar aus Jugoslawien muss in einem Zeitraum von 17 Jahren während ca. elf Jah-

ren unterstützt werden. Der Mann ist beruflich gescheitert und seit Jahren ohne Einkommen, die Frau hat in 17 Jahren nie gearbeitet und kein Deutsch gelernt. ... Es kann doch nicht im Ernst Aufgabe unseres Gemeinwesens sein, solchen

nicht integrierbaren Ausländern auf unbegrenzte Zeit den Lebensunterhalt zu finanzieren. In derartigen Fällen muss nach einer gewissen Zeit die Unterstützung eingestellt werden und die Rückführung in die Heimat erfolgen.

### SD-Volksinitiative «Für freie Meinungsäusserung – weg mit dem Maulkorb!»

## SVP in der Opposition: Jetzt Farbe bekennen!

Bekanntlich hat sich die SVP nach der Abwahl von Christoph Blocher als Bundesrat für die kommende Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, die Rolle als parlamentarische Oppositionspartei anzunehmen. Nach Meinung der Schweizer Demokraten des Kantons Aargau muss die SVP (auch die SVP Aargau) ihre «selbstdeklarierte» Oppositionsrolle wahrnehmen und jetzt Farbe bekennen.

Die SD Aargau appellieren deshalb an die SVP, das von den Schweizer Demokraten lancierte Volksbegehren «Für freie Meinungsäusserung

– weg mit dem Maulkorb!» zu unterstützen. Da sich die SVP in der Vergangenheit oft für die freie Meinungsäusserung des Schweizer Volkes ausgesprochen hat, erachten die SD Aargau die Unterstützung der SVP für das Volksbegehren als Test bezüglich ihrer neuen Rolle als Oppositionspartei. Sollte sich die SVP von dieser eidgenössischen Volksinitiative der SD distanzieren, dann ist es mit dieser neuen «Strategie der Totalopposition» wohl nicht ganz ernst gemeint.

*SD Kantonalsektion Aargau  
i.A. René Kunz, Reinach*

## Ein stümperhafter Angriff der PNOS!

«Wer den Wechsel will, wechselt zur PNOS!» So lautet der letzte Satz eines Briefes des PNOS-Bundesvorstandes an zahlreiche SD-Kandidatinnen und -Kandidaten der letzten Nationalratswahlen sowie an einige Vorstandsmitglieder von SD-Sektionen.

So meint die PNOS (Partei national orientierter Schweizer), dass es nach dem Verlust des SD-Nationalratsmandates «...am rechten Rand neben der SVP keinen Platz mehr hat...». Da täuscht sich die PNOS einmal mehr. Die Schweizer Demokraten sind nicht am «rechten Rand» beheimatet. Mit ihrem Parteiprogramm stehen die SD ein für die nationalen Interessen der Schweiz, wozu z.B. deren politische Unabhängigkeit und immerwährende Neutralität gehört. Sind wir deshalb rechts-extrem? Wohl kaum...

Wir sind auch für die eidgenössische Solidarität, was heisst, dass ein/e Jede/r nach seinen Fähigkeiten und Kräften seinen Beitrag (mittels Steuern, Mitarbeit in öffentlichen Ämtern, Vereinen usw.) zugunsten der Schicksalsgemeinschaft Schweiz leisten soll. Die SD unterstützen ebenso ökologische Begehren, sofern diese Ziele realistisch und bezahlbar bleiben. Sind wir deshalb linksextrem?

Nein, die SD fahren keinen «Kuschelkurs, um weiterhin einigen Wählern nach dem Munde zu reden», wie dies die PNOS versucht darzustellen. Wir überlassen den von der PNOS angestrebten «Systemwechsel» auch gern diesen Leuten.

Tatsache ist: Die PNOS hat einen Teil (der ihr gerade so in den Kram passte) ihres Parteiprogrammes den SD abgeschrieben. Die PNOS steckt nicht nur nach ihrer misslungenen Überquerung des Vierwaldstättersees mit Gummibooten in einer existentiellen Krise, denn nichts will mehr gelingen nach dem letzten unvergesslichen 1. August!

Aber dafür können doch die SD nicht verantwortlich gemacht werden...

Meine Damen und Herren «Nationalisten» von der PNOS, rudert, rudert, aber doch mit einem soliden Untersatz und dann bitte in die richtige Richtung! Wir von der Partei der Schweizer Demokraten drehen weder nach links – noch rechts – ab. Wir bleiben unserem Parteiprogramm treu. Wir laufen auch nicht Hirngespinnsten nach. Wir treten ein für die Interessen des Schweizer Volkes!

*Ueli Brasser,  
SD-Zentralpräsident a.i.*

# Eidg. Abstimmungen vom 24. Februar 2008

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 15. Dezember 2007 in Bümpliz haben die Schweizer Demokraten (SD) folgende Parolen gefasst:

## **Volksinitiative**

### **«gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten» Freigabe**

Nach einer Interessenabwägung zwischen der Stärkung der militärischen Landesverteidigung und dem Erhalt einer lebenswerten

und intakten Umwelt beschliessen die SD Stimmfreigabe beim Volksbegehren gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten ihres gemeinsamen Mitstreiters gegen die Aufhebung der Lex Koller, Franz Weber.

### **Unternehmenssteuerreformgesetz II Nein**

Für die SD ist die geplante Teilbesteuerung ungerecht, denn jeder Maurer oder jede Kaufmännische

Angestellte versteuert ihr Einkommen bis zum letzten Rappen. Von den rund 4 Millionen Steuerpflichtigen würden aber ausgerechnet 40 000 Reiche entlastet. Zudem bewirkt die Unternehmenssteuerreform II bei den Kantonen und Gemeinden weitere Steuerausfälle von über 1 Milliarde Franken.

Die ausserordentliche DV beschloss ausserdem einstimmig, die

Lancierung des Referendums gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien zu prüfen. Aufgrund des grossen Unmutes über die massive Zunahme von Arbeitskräften aus dem EU-Raum und dem daraus resultierenden Lohn- und Sozialdruck sind die SD fest davon überzeugt, auf dem Gebiet der Personenfreizügigkeit nach wie vor referendumsfähig zu sein.

## Volksinitiative «Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten!»

### Argumente Pro und Contra

### Ja zur Volksinitiative

Mit dem Armeeleitbild 21 wurde die Anzahl der Militärflugplätze in der Schweiz von früher 15 auf heute deren 3 abgebaut. Dabei werden die F5 Tiger-Kampffjets immer mehr durch die lärmigeren FA18-Maschinen ersetzt. In immer kleiner werdenden Lufträumen im Voralpen- und Alpengebiet nimmt der Lärm durch Militärjets stetig zu. Nicht genug: Das VBS mit Bundesrat Samuel Schmid an der Spitze, beabsichtigt neue, noch monströsere Militärjets anzuschaffen: Mensch, Tier, Natur werden immer mehr negativ betroffen. So darf es nicht weitergehen!

Die von der Umweltorganisation «Helvetia Nostra» von Franz Weber lancierte Initiative zielt in die richtige Richtung: «In touristisch genutzten Erholungsgebieten dürfen in Friedenszeiten keine militärischen Übungen mit Kampffjets durchgeführt werden». Bundesrat und bürgerliche Parteien versuchen im Vorfeld der Abstimmung die Ziele dieses Volksbegehrens schlecht zu reden. Die Gegner bedienen sich – es war zu erwarten – auch der Verbreitung von Unwahrheiten.

### **Dem Bundesrat ist jedes Mittel Recht**

Erste falsche Behauptung: Das ganze Territorium der Schweiz sei Erholungsgebiet, weshalb die Jets bei einer Annahme der Initiative nirgendwo mehr fliegen dürften. Richtig ist: Die Kantone bestimmen selbst, welche touristisch genutzten Erholungsgebiete betroffen sind. Das VBS (Eidg. Dep. für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) hat vor wenigen Jahren mit der Einführung des Armeeleitbildes 21 wirklich einen Rohrkre-

pierer provoziert. Früher waren 15 Militärflugplätze in Betrieb und damit «verteilt» sich die Lärmemissionen, welche durch den Flugbetrieb entstehen, beinahe übers ganze Land. Militärflugplätze wie Dübendorf, Alpnach, Buochs, Mollis, usw., wurden jedoch aus Effizienz- und Spargründen aufgehoben. Derzeit gibt es nur noch 3½ Militärflugplätze (Payerne, Sitten, Meiringen und als Ausweichflugplatz Emmen).

Vor wenigen Jahren kämpfte gar ein Komitee für den Erhalt des Militärflugplatzes Dübendorf. Das «gescheite» VBS futierte sich jedoch um derlei Absichten. Frage: Lässt sich denn die Schweiz im Kriegsfall besser mit 3½ oder 15 Militärflugplätzen verteidigen? Die Antwort kennt sogar ein normaler Soldat!

### **Tourismus und Anwohner**

Im Berner Oberland und im Wallis bildeten sich Anwohnerkomitees, denen selbst Hoteliers angehören, welche die übermässigen Lärmemissionen der Militärjets als schädlich betrachten. Vom Bundesrat wurden in der Vergangenheit kleine «Retouche» verordnet (z.B. Luftkampfübungen in grösserer Höhe usw.). Starten und Landen müssen die Jets aber in jedem Fall. Der Bundesrat erklärte hierbei: «Uneingeschränkte Flüge sind notwendig um die Neutralität der Schweiz zu sichern!». Es ist natürlich eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn der Bundesrat behauptet (dies im Bundesbüchlein zu dieser Vorlage), dass mit dem Erhalt der heutigen Flugdichte auch Arbeitsplätze auf den 3½ Militärflugplätzen gesichert werden könnten. Realität ist: Der heutige



*Unsere Luftwaffe ist überdimensioniert, meint Markus Borer, e. Grossrat, Basel*

Unzustand schadet der schweizerischen Volkswirtschaft in viel grösserem Ausmass – als dass sich diese «Lärmfliegerei» positiv auswirken würde. Touristen meiden z.B. das Berner Oberland, da Mensch und Tier am Lärm Schaden nehmen! Menschen können in gewissen Gegenden aufgrund des ohrenbetäubenden Lärms nicht mehr richtig schlafen, resp. nicht mehr zur Ruhe kommen und Tiere springen vor lauter Angst auf den Alpen in Gräben und Abgründe!

### **Apropos Neutralität**

Traurig aber wahr! Wären vor einigen Monaten nicht zwei deutsche Militärpiloten in ihrer «Tornado» im Berner Oberland in eine Felswand geknallt (ein Pilot starb, der andere konnte verletzt geborgen werden), wüsste es die Öffentlichkeit nicht, dass ausländische Militärpiloten im schweizerischen Alpengebiet mit ihrem Kampffjets Übungen durchführen; dies für militärische Einsätze in Afghanistan und wo noch? Auch Schweizer Militärpiloten übten im Ausland... Wir müssten Gegenrecht halten – heisst es beim Bundesrat!

Es kommt noch besser laut Bundesrat: «Die Schweizer Luftwaffe müsse auch internationale Konferenzen, wie das WEF in Davos in

der Luft absichern. Was ist – wie schon mehrfach geschehen – wenn unsere Militärjets auf unseren 3½ Militärflugplätzen wegen Eis und Schnee nicht starten können? Um luftpolizeiliche Aufgaben (Überwachung des CH-Luftraumes) zu erfüllen, genügen ein gutes Dutzend Kampffjets (dies nur nebenbei bemerkt!).

Unsere Medien meldeten kürzlich (kein Aprilscherz!): Das schweizerische Luftwaffengeschwader geht demnächst einem Mangel an Piloten entgegen. Man überlegt sich, allenfalls pensionierte Piloten zu reaktivieren und – man höre und staune – auch ausländische Piloten einzustellen. Mit diesem «Personal» – die zweite Gruppe ist damit gemeint – soll dann die Landesverteidigung gestärkt werden (oder etwa unsere Kontingente in Afghanistan und im Kosovo?).

### **Hohe Kosten – geringer Nutzen!**

Ein FA18-Jet verbraucht für einen Flug von 30 Minuten, inkl. Start, bis zu 7000 Liter Treibstoff. Beim Start entsteht ein Lärmpegel von bis zu 140 Dezibel (höher als in einem Schiessstand, wo alle Anwesenden Gehörschütze tragen!). Die Betriebskosten betragen für diese kurze Zeit, inkl. Wartung, Versicherungen, Löhnen, usw.) gegen 50 000 Franken. Demnächst sollen die Räte in Bern laut VBS dem Kauf neuer Militärjets zustimmen (ca. 3 Milliarden Franken plus Folgekosten).

Erinnern Sie sich noch an den «Secessionskrieg» in Ex-Jugoslawien Ende der 90er Jahre? Die serbische Luftwaffe brachte kaum einen MiG-Kampffjet von der Startpiste hoch... Die hightech-Jäger der US-Streitkräfte «neutralisierten» (was heisst dies?) diese innert weniger Minuten!

Unsere Luftwaffe kann (leider) auch keine terroristischen Anschläge verhindern. Der Schreiende ist überzeugt: Die Gefahr eines Absturzes eines CH-Kampfflugzeuges auf ein Wohngebiet (der Flugplatz Sitten liegt bei der Wohnzone) viel grösser ist... als Bomben von feindlichen Militärjets auf schweizerische Städte.

### Für eine glaubwürdige Landesverteidigung

Ja, dafür stehen wir ein! Jedoch mit weniger Kampfjet-Übungsflügen (gleich weniger Lärm!). Bei der Pilotenausbildung sollen stattdessen bei Übungen mehr Simula-



F/A-18 im WEF-Einsatz.

tionsgeräte eingesetzt werden. Was wir brauchen, sind mobile Boden-Luft-Raketen, um in Ernstfall

feindliche Flugzeuge tatsächlich vom Himmel holen zu können. Dies ist wirksamer, ökologischer in Friedenszeiten und allemal kostengünstiger!

Was sagte der ehemalige Armeechef Christoph Keckeis vor wenigen Monaten bei seinem Rücktritt: Die Armee sei «nicht einsetzbar für die Verteidigung eines militärischen Angriffs gegen die Schweiz». Dies ist die Realität!

Eigentlich müsste man Keckeis – als früherem Verantwortlichen der Schweizer Armee die Rente entziehen und Samuel Schmid in die Wüste schicken!

Wir müssen aber am 24. Februar ein realistisches Zeichen setzen. Der Bundesrat setzte sich nicht einmal für einen Gegenvorschlag zur Weber-Initiative ein. Er will so «einspurig» weiterfahren, wie bis anhin. Wir müssen deshalb Ja sagen zur Initiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten». Nur so wird sich das VBS neu orientieren müssen!

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

## Nein zur Volksinitiative

### Armeeabschaffung hinterrücks?

Vor Jahren gab es da eine Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), die ganz ehrlich die Abschaffung der Armee mittels einer Volksinitiative forderte. Dies ging dann zum Bachab (mit ca. 75-prozentiger Nein-Mehrheit). Die Schweizer Stimmbürger standen grossmehrheitlich hinter der Armee, nicht zuletzt wegen der Arbeitsplätze, die bei einer Annahme verloren gegangen wären. Nächstens soll ein neuer Artikel in die Bundesverfassung eingefügt werden, der da heisst: «In touristisch genutzten Erholungsgebieten dürfen in Friedenszeiten keine militärischen Übungen mit Kampfjets durchgeführt werden.» (Art 74a)

Was bedeutet diese Aussage «touristisch genutzte Erholungsgebiete»? Besteht nicht die ganze Schweiz aus solchen Gebieten? Ganz klar ja! Wenn das dann so interpretiert wird, kommt es einer faktischen Abschaffung unserer Armee gleich.

**Der Begriff «Tourismus»** ist im geltenden Recht nicht definiert. Auf Bundesebene wird der Begriff gemäss der Definition der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen verwendet. Demnach umfasst Tourismus die Aktivitäten von Personen, die an Orte ausserhalb ihrer gewohnten Umgebung reisen und sich dort zu Freizeit-, Geschäfts- oder bestimmten anderen Zwecken nicht länger als ein Jahr ohne Unterbrechung aufhalten. Der Begriff umfasst somit insbesondere auch den Tagestourismus, der nicht mit einer Übernachtung verbunden ist.

Die Initiative lässt bezüglich touristische Nutzung einen derart weiten Spielraum, dass dieser nicht auf dem Weg der Auslegung bestimmt werden kann. Im Falle einer Annahme der Initiative müssten die Kriterien deshalb mittels einer ausführenden Gesetzgebung, abgestimmt auf die

räumliche Festlegung der Erholungsgebiete, definiert werden. Wieviel Zeit dies in Anspruch nehmen wird und wie diese Auslegung schlussendlich lautet, darüber kann nur spekuliert werden.

**Auftrag der Armee und die Bedeutung des Übens** mit den Kampfjets F/A-18 (Hornet) und F-5 (Tiger) sind das zentrale und unverzichtbare Mittel, um die Lufthoheit der Schweiz zu wahren und damit ihre Souveränität und auch ihre Neutralität in allen Lagen zu gewährleisten. Die Armee trägt damit massgeblich zur Erfüllung einer verfassungsmässigen Aufgabe und internationaler Verpflichtungen in Zusammenhang mit der Neutralität bei.

In Friedenszeiten gewährleistet die Armee mit dem Luftpolizeidienst neben der Lufthoheit auch die Sicherheit im Luftraum zu Gunsten des gesamten Luftverkehrs. Sie ermöglicht es der Schweiz, ihre Rechte gegenüber in unbefugter Weise in ihren Hoheitsbereich eingedrungenen Luftfahrzeugen oder solchen, die sich nicht an die geltenden Vorschriften halten, bis hin zum Zwang zur Landung unter Androhung von Waffengewalt durchzusetzen. Sie sorgt zudem für die Durchsetzung von Luftsperrgebieten, wie sie für Grossanlässe, wie z.B. das WEF, aus Sicherheitsgründen temporär eingerichtet werden. Ausserdem sorgt sie für die Glaubwürdigkeit, Überwachung und Durchsetzung von Überflugsverboten gegenüber einzelnen Staaten (z.B. während der Golfkriege). Im Kriegsfall sind Kampfjets das Hauptmittel der Luftverteidigung gegen einen militärischen Aggressor. **Diese Aufträge** kann die Armee nur erfüllen, wenn die operationelle Einsatzbereitschaft sämtlicher beteiligter Personen und Systeme jederzeit gewährleistet ist. Dies bedingt, dass die Piloten ihre Kampfjets für das ganze Einsatzspektrum vom Abfan-



Die grosse Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Schweizer Luftwaffe, sagt Ueli Brasser, Gemeinderat, Zürich

gen ziviler Flugzeuge bis zum Luftkampf gegen feindliche Kampfjets beherrschen. Dazu müssen sie die entsprechenden Manöver mit Übungsflügen in ausreichender Anzahl und unter realistischen Bedingungen, d.h. unter den topografischen und meteorologischen Bedingungen des Gebirgslands Schweiz, trainieren können.

**Bei Annahme der Initiative** würde die Armee aus heutiger Sicht ihre Möglichkeiten für eine glaubwürdige, auf sämtliche Aufträge ausgerichtete Übungstätigkeit im Schweizer Luftraum verlieren. Dadurch wäre die operationelle Einsatzbereitschaft der am Einsatz eines Kampfjets beteiligten Elemente nicht mehr gewährleistet. Diese könnte nicht allein mit Überwachungsflügen im Luftpolizeidienst oder dank Alternativen wie Trainings im Simulator oder vermehrtem Üben im Ausland aufrechterhalten werden.

Die Schweiz wäre folglich nicht mehr fähig, ihre Lufthoheit umfassend zu wahren.

**Der Bundesrat** ist der Ansicht, dass mit den heutigen Regelungen insbesondere im Umweltschutzgesetz, im Natur- und Heimatschutzgesetz und in der Lärmschutzverordnung die nötigen Vorschriften und Instrumente vorhanden sind, um einen angemessenen Schutz vor militärischem Fluglärm zu gewährleisten.

Die Armee hat in der Vergangenheit zahlreiche Massnahmen zur Lärmverminderung getroffen. Als Beispiele seien erwähnt: Absolvieren besonders lärmintensiver Übungen im Ausland; grösstmöglicher Einsatz von Simulatoren; Mindestflughöhen und Geschwindigkeitsbegrenzungen; Überschallflüge nur über 10 000 m.ü.M.; klar geregelte, gegenüber der Zivilluftfahrt sehr restriktive, ordentliche Flugbetriebszeiten (Wochentags von 8.00 bis 12.00 und 13.30 bis 17.00 Uhr, am Montag erst ab 10.00 Uhr); für jeden Flugplatz einzeln optimierte Fluggeometrien sowie Start- und Landeverfahren.

### Rekapitulation:

Die Schweiz könnte ihre Lufthoheit und damit ihre Souveränität und Neutralität nicht mehr umfassend wahren, weil die Einsatzbereitschaft der Armee durch die Initiative erheblich beeinträchtigt würde, weil die Initiative keine glaubwürdigen Übungen mit Kampfjets mehr zulassen würde. In der Schweiz würden keine ausreichenden Trainingsräume mehr zur Verfügung stehen, und die Auslagerung ins Ausland wäre keine realistische Alternative. Dem Anliegen der Initiative ist in der geltenden Gesetzgebung und mit den getroffenen Massnahmen genügend Rechnung getragen.

**Die Volksinitiative gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten** müsste eigentlich ersetzt werden mit der Frage: «Wollt ihr Eidgenossen noch eine schlagfähige Armee?» Vor einem Jahrzehnt hat sich der Schweizerbürger und die Schweizerbürgerin für die Anschaffung von 34 F/A-18 zum Stückpreis von je 100 Millionen Schweizerfranken ausgesprochen. Eine neuerliche Beschaffung steht wieder vor der Tür.

Es scheint, als ob der Wehrwille unserer Nation, nicht zuletzt der ominösen Globalisierung wegen, kastriert wurde.

Ueli Brasser, SD-Zentralpräsident a.i.

## Polit-Theater in der Schweiz!

Was sich in den letzten sechs Monaten des abgelaufenen Jahres in der Schweiz im politischen Bereich abspielte, muss mit Fug und Recht als **Schmiererkomödie** bezeichnet werden, die mit den Wahlfeiern in Felsberg ihren vorläufigen Abschluss fand.

Zur Vorgeschichte soviel: Seit die SVP, unter der ideologischen Leitung von Christoph Blocher, eine liberal-konservative Linie verfolgte und bewusst auf den Erhalt der Unabhängigkeit der Schweiz und den Schutz ihrer Bevölkerung und ihrer traditionellen Werte setzt, befindet sie sich in einem klaren Aufwärtstrend, während gleichzeitig die früher staatstragende FdP und die pseudochristliche CVP in einen Abwärtsstrudel gerieten. Durch immer stärkere Anlehnung an die internationalistische Linke versuchten diese beiden Parteien ihre alte Stärke wiederzugewinnen. Vergeblich – wie die nationalen Wahlen von 2003 und 2007 bewiesen haben. Die SP verspielte sogar ihre realen Wachstumchancen, indem sie den Kampf gegen den Leader der SVP zu ihrem Programm machte. Davon profitierten die Grünen, die neben ihrem deklarierten Hass gegen den Liberal-konservatismus immerhin noch klare Schwerpunkte setzten, welche den Ängsten der Bürger (Umweltpolitik!) Rechnung trugen.

### Ein Bundesrat wird zum Schreckgespenst hochstilisiert!

Als sich Christoph Blocher entgegen der Hoffnung derjenigen, die ihm 2003 zur Wahl in den Bundesrat verholfen hatten, nicht domestizieren liess und weiterhin für die klaren politischen Schwerpunkte seiner Partei – mit nicht geringem Erfolg übrigens! – eintrat, setzte ein perfides Kesseltreiben gegen ihn ein. Die linkslastige Presse und das Fernsehen unterstützten scharfmacherische CVP-, SP- und Grüne-Vertreter im Versuch, ihm Fehler nachzuweisen. Seine unbestreitbaren Verdienste dank der straffen Führung seines Departementes wurden ihm gar zum Vorwurf gemacht (er habe das Departement geführt wie die Ems-Chemie!). So, als ob nicht die genau gleichen Grundsätze für die Führung einer Verwaltungseinheit mit Tausenden von Angestellten gelten würden wie für einen wirtschaftlichen Grossbetrieb.

Aber genau hier ist ein zentraler Punkt der verqueren Kritik zu erkennen. In unserem System ist es eher selten, dass führungserfahrene Persönlichkeiten Departementchefs des Bundes werden. Die Folgen sind offensichtlich: aufgeblähte Verwaltung;

Doppelspurigkeiten; Versorgerpösti für verdiente Partei- und sonstige Freunde; Kommissionitis usw.

Blochers Bemühungen, unfähige Mitarbeiter aus CVP-Zeiten aus der Verwaltung zu entfernen (Fall Roschacher!) wurden zum Schaustück einer verlogenen Politsatire, in welcher hochrangige CVP-Größen eine miese Rolle spielten. Eine spezielle, negative Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang zweifellos die St. Galler Nationalrätin Meier-Schatz, deren höhnisches Lachen nach gelungener Abwahl von Christoph Blocher in der Presse ihre menschlichen «Qualitäten» dokumentierte.

Jahrelang war Schlamm herumgeworfen worden und wie erwartet blieb einiges im Bewusstsein des Volkes hängen. Nur so ist zu erklären, dass offenbar eine Mehrheit der Bürger in einer Umfrage nach geschlagener Schlacht die Abwahl von Christoph Blocher guthiessen.

**Doch vorher wurde die SVP durch die Schlammschlacht gezwungen, den Wahlkampf auf Blocher auszurichten (Blocher stärken – SVP wählen!), was ihr aber offensichtlich nicht schlecht bekam.**

### Die CVP im Zwielt!

Diese Partei ist seit Jahren im Abwind. Das hat sie einerseits der Aufgabe der christlichen Grundwerte (siehe z.B. die Abtreibungsfrage und ihre Distanzierung von bischöflichen Empfehlungen) und andererseits ihrer volksfremden, internationalistischen Politik zu verdanken.

Immer weniger konnte ihr in den letzten Jahren als einer verlässlichen, bürgerlichen Kraft vertraut werden. Es machte ihr auch nichts aus, den dokumentierten Mehrheitswillen des Volkes zu missachten.

Man erinnere sich etwa an den berühmt gewordenen Ausspruch des Herrn Deiss kurz nach der klaren Ablehnung eines EU-Beitrittes durch das Volk. Zitat Deiss:

*«Der Beitritt zur EU ist ein Projekt in Ausführung!»*

Oder an seine Mittäterschaft bei der de facto Abschaffung der «bewaffneten Neutralität» unter gleichzeitig steter Betonung einer «aktiven Neutralität». Eine boshafte Täuschung des Volkes über die wahren Absichten der Internationalisten in CVP und SP.

**Hemmungslos nutzt die CVP die Vorteile der föderalistischen Struktur unseres Landes aus, um in der Bundesversammlung möglichst viele Sitze besetzen zu können.**

Da ist die christliche Partei bereit, sich auch mit atheistischen Sozialisten zu verhandeln. Hauptsache, sie

kann sich ihre Übervertretung in der Bundesversammlung sichern. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang ihre geschickt terminierten Rücktritte von Bundesräten zwischen den Wahlen, um das Verdikt der Wähler der nächsten nationalen Wahlen nicht berücksichtigen zu müssen.

2003 weigerte sich die wähler-schwächste Partei konsequent, der wählerstärksten Partei einen Sitz im Bundesrat abzutreten. Und liess dann ein Riesenlamento los, als ihre Frau Metzler abgewählt wurde. Und jetzt erweist sie sich als Drahtzieherin, um den ungeliebten – aber überaus effizient arbeitenden – Blocher los zu werden. Ja, sie war offenbar auf dem besten Weg, sich mit Hilfe der Sozialisten und der Grünen einen zweiten Sitz zu Lasten der FdP zurückzuholen.

Sicher ist, dass mit der heutigen CVP-Führung und ihrer Schaukelpolitik die politische Unabhängigkeit unseres Landes aufs Schwerste gefährdet ist. Die Freihandelsbefürworterin Leuthard und das politische Leichtgewicht Darbellay sind sicher keine Garanten, um die Schweiz «voranzubringen» – eine äusserst schwammige Absichtserklärung übrigens. Denn auch abwärts geht es «voran».

### Die Veräter in den eigenen Reihen der SVP!

Dem sportbegeisterten Ogi gelang als Bundesrat ein prächtiger Coup, als er die Abteilung Sport in «sein» Militärdepartement holte. Mit diesem Bereich liess sich eine Beliebtheit im Volk aufbauen, die ihn beim Versagen als Chef des Militärdepartements nahezu unangreifbar werden liess. Und in dieser Kernaufgabe des Staates – nämlich die Sicherheit der Bevölkerung und die Unabhängigkeit des Staates militärisch abzusichern – versagte er grandios. Statt den Widerstandswillen und das Selbstbewusstsein des Volkes zu stärken, glänzte er mit irreführenden Sprüchen wie «Sicherheit durch Kooperation» oder «Wenn wir nicht zu den Krisen gehen, kommen diese zu uns!» oder «Interoperabilität» – als Ausbildungs- und Rüstungsprogramm.

Damit stellte er die Weichen für den Abbau der Armee und die Einbindung in die NATO (PfP) mit Auslandseinsätzen und vorauseilendem Gehorsam gegenüber den Wünschen der amerikanischen Imperialisten. Seiner Begeisterung für den Internationalismus verdankte er nach seinem Rücktritt als Bundesrat seinen (für die Schweiz kostspieligen) Ehrenposten bei der UNO.

Entgegen den Vorschlägen und dem Willen der Fraktion der SVP wählten im Jahre 2000 jene Kreise den Berner Ständerat Samuel Schmid zum Nachfolger Ogis, die jetzt Blocher abgewählt haben. Dieser entpuppte sich rasch als Förderer von Ogis Abbau-Strategie – sehr zur Freude der Linken und Armee-Abschaffer und holte sich seinerseits seine Beliebtheit als Festredner bei Sportanlässen (vom Jugendskilager bis zum Eidgenössischen Schwing- und Äplerfest).

**Gleichzeitig fällt der heutige desolatte Zustand unserer Armee ganz in Schmid's Verantwortung. Eine Situation, die uns im Bestreben, unsere Unabhängigkeit zu wahren, noch sehr ernsthafte Probleme schaffen wird.**

Im Zusammenhang mit den Bundesratswahlen 2007 hat sich Samuel Schmid als wortbrüchiger Intrigant geoutet und auch Frau E. Widmer ins gleiche Boot geholt. Unbegreiflich, dass ihn für seinen Lumpenstreich die bernischen SVP-Delegierten am 14. Dezember in Belp mit einer «standing ovation» ehrten!

Dass die Bündner im Verbund mit der links-grünen Koalition E. Widmer-Schlumpf nach Annahme der Wahl zu einer Strahlefigur hochjubelten, ist menschlich verständlich. Schwerer verständlich ist die Tatsache, dass sich Frau Widmer-Schlumpf angesichts ihrer angeschlagenen Gesundheit für dieses Spiel zur Verfügung stellte. Geradezu als Verhöhnung ist ihre Qualifizierung in gewissen Medien als «Unverbrauchte Kraft aus den Bergen» zu bezeichnen. Dies, während man auf den verschiedensten Bildern den Eindruck einer leidenden Frau nicht übersehen konnte.

### Die Leisetreter in der SVP-Fraktion irren sich!

Die Vermutung verschiedenster SVP-Repräsentanten, Blocher und die SVP hätten sich die Abwahl-Schlappe eingefahren, weil sie zu pointiert, zu klar ihre Gegner und deren Absichten blossgestellt hätten, ist lächerlich. Mit einem Schmusekurs ist in der Politik nichts, aber auch gar nichts zu erreichen. Bald der letzte politisch interessierte Schweizer gibt sich heute Rechenschaft darüber, dass das Abgleiten der Schweiz in die Mittelmässigkeit (Verschuldung, Bildungsqualität, Familienzerfall, Kinderarmut, Drogenelend, Asyl- und Sozialmissbrauch, rechtsfreie Räume, innere Sicherheit, militärische Abhängigkeit usw.) dem weichen Nachgeben der destruktiven Kräfte

## «Die Segnungen von Schengen»

dnb. Im TV-Sender SAT 1 wurde am 8. Januar 2008 am Beispiel eines kleinen Ortes mit knapp 800 Einwohnern an der Grenze zu Tschechien gezeigt, wie es an der Ostgrenze von Deutschland seit der EU-Osterweiterung zugeht. Praktisch täglich wird im Ort irgendwo eingebrochen. Selbst in einem Gartenhäuschen wurde in einem Jahr sieben Mal eingebrochen, gestohlen wurde alles, was nicht niet- und nagelfest ist, Gläser, Teller, Besteck, Souvenirgegenstände usw.

**Seit die Grenze offen ist, ist auch die Polizei machtlos**, trotzdem ist sie ständig auf Patrouille ist. Ein Polizist erklärt bei einem Interview: «Wir können nicht überall sein. Wenn wir bei einem Haus eine verdächtige Person sehen, verschwindet diese hinter der nächsten Hausecke; wir können aber nicht einfach stehen bleiben und hoffen, dass diese wieder zurückkommt. Wenn wir das tun, brechen diese Leute inzwischen in einem andern Haus ein. Ausserdem haben wir einen viel zu kleinen Bestand, um auch nur diesen kleinen Ort einigermassen effizient zu bewachen.» Was passiert jetzt? Die Einwohner beginnen sich zu bewaffnen. Der ortsansässige Waffenhändler ist praktisch der Einzige, der von der Osterweiterung profitiert. Die Leute kaufen alles, von einfachen Knüppeln bis zu Schreckschusspistolen und Gewehren, die Sturmgewehren verflücht ähnlich sehen, aber lediglich Gummisch-

rot verschossen. Die Polizei ist darüber nicht sehr erfreut. Der interviewte Polizist: «Diese Waffen geben den Leuten eine falsche Sicherheit. Da sie wie echte Waffen aussehen, besteht die Gefahr, dass der Gauner mit einer echten Waffe antwortet.» Ein Einwohner sagte vor der Kamera: «Was können wir dagegen tun; unsere Regierung hat das Schengenabkommen unterzeichnet, und wir sind jetzt die Leidtragenden.»

**Diese «schönen» Zeiten blühen uns Schweizern bei der baldigen Öffnung der Grenzen zur EU ebenfalls.**

## Ibrahim Fetov gegen Sven Swinnen

Das ist nicht etwa ein Box- oder Ringkampf eines Russen (oder Bulgaren) gegen einen Schweden, sondern laut «Aargauer Zeitung» vom 19. Januar 2008 ein «Aargauer» Duell am Tennisturnier in Leuggern (AG) – pardon, offiziell heisst dieses Turnier «Leuggern Open». Zum Glück braucht man beim Tennis nicht miteinander zu sprechen – und wenn, dann wird Englisch geredet, bzw. auf Neudeutsch parliert. Sonst hätten diese beiden «Aargauer» wohl etliche Mühe, einander zu verstehen.

*Dragan Najman, Baden*

## Unschuldslamm Singh Khalsa?

**Unnötige Diskussionen um Strassenwischer mit terroristischer Vergangenheit.**

Da macht sich ein frisch aus dem Gefängnis entlassener indischer Flugzeugführer auf und reist in die Schweiz. Bei uns angekommen, stellt er ein Asylgesuch, findet eine Arbeit, welche er anscheinend zufriedenstellend ausübt. Nach 13 Jahren Aufenthalt in der Schweiz spricht Herr Singh Khalsa fast kein Deutsch. Dabei hat er jeden Tag mit vielen Menschen Kontakt. Unglaublich!

Parallel zu seiner Arbeit und seiner durchaus freundlichen Erscheinung, schöpft der Inder alle Rechtsmittel aus, um seinen negativen Asylantragsentscheid in die Länge zu ziehen. Diese unzähligen Rekursmöglichkeiten verdankt Herr Singh Khalsa den linken Parteien (SP, Grüne) und der inkonsequenten Handlungsweise der bürgerlichen Mehrheit in Bern; allen voran der CVP.

## Ein weiterer Schritt zum Schutz der Täter

dnb. Unter dem harmlosen Titel «Mediation» wurde im aargauischen Jugendstrafrecht wieder ein Schritt mehr getan, um die «armen» Täter, die ja (wenigstens nach deren eigenen Aussagen) jeweils eine «so schwere» Jugend gehabt haben, zu schonen.

Seit Anfang 2007 ist im Kanton Aargau im Jugendstrafrecht die sogenannte «Mediation» eingeführt worden. Da sitzen Opfer von körperlicher und seelischer Gewalt mit den Tätern am selben Tisch und «diskutieren» miteinander. Richtig müsste es heissen, die Opfer müssen sich mit den Tätern an denselben Tisch setzen. Diese Mediation soll nämlich vor allem den Tätern helfen, angeblich, um ihre Tat zu begreifen, vor allem aber, damit die Täter eine richtige Bestrafung vermeiden können. Im Vorfeld werden Gespräche mit Opfer und Täter (oder häufig den Tä-

tern) geführt. Beide Seiten müssen mit der Mediation einverstanden sein. Ich kann mir leicht vorstellen, welcher Druck dabei auf die Opfer ausgeübt wird, damit sie sich bereit erklären, mit ihren Peinigen an denselben Tisch zu sitzen. Bei den Tätern ist ein Druck sicher nicht nötig, können sie doch durch einfaches «Pläuderlen» einer richtigen Bestrafung entgehen. Dass die hier eingesetzten Mediatoren behaupten, diese Mediation zeige durchaus positive Wirkungen, erstaunt nicht, denn wer würde von einer Arbeit, die er leistet (und dafür sicher sehr gut entlohnt wird), sagen, sie sei nicht viel oder gar nichts wert.

Meine Meinung über diese «Mediation»: **Dies ist ein weiterer Schritt, um die «armen» Täter möglichst zu schonen – auf die Opfer nimmt man wie gewöhnlich keine Rücksicht.**

## Spinne ich eigentlich?

dnb. In der «Aargauer Zeitung» vom 5. Dezember 2007 war ein Artikel über die «Urteile» über die Massenvergewaltigungen eines 13-jährigen Mädchens in Zürich Seebach vom November 2006 zu lesen. Teile davon musste ich zwei Mal le-

sen um zu glauben, dass ich wirklich richtig gelesen habe und kam schliesslich zur Überzeugung, dass entweder ich spinne oder unsere Justiz. Da werden doch 13 Halunken (soweit ich mich erinnere, handelte es sich praktisch ausschliesslich um Ausländer), die über einen längeren Zeitraum ein 13-jähriges Mädchen teils gruppenweise vergewaltigt haben, zu folgenden «Strafen» verurteilt: Sage und schreibe 7 (in Worten sieben) Täter wurden freigesprochen, vier Typen wurden bereits von der Jugendanwaltschaft abgeurteilt und erhielten als «Strafe» Erziehungsverfügungen, was bedeutet, dass gegen diese eine «ambulante jugendstrafrechtliche Massnahme» angeordnet wurde.

Und nur gerade zwei der Vergewaltiger werden sich demnächst vor dem Richter verantworten müssen; auf diese «Urteile» darf man gespannt sein. Und dies, trotzdem Hansueli Gürber, Leiter der Jugendanwaltschaft Zürich, laut Zeitung gesagt hat «es handelt sich um sehr schlimme Vorfälle».

Eine rigorose Verschärfung des Schweizer Sexual-Strafrechts ist längst überfällig. Aber das geht wohl aus folgendem Grund nicht: Da Sexualtäter meist Ausländer sind, würde ein strengeres Sexual-Strafrecht wohl gegen das Antirassismusetz verstossen.

## Polit-Theater in der Schweiz!

*Fortsetzung von Seite 6*

der 68er Generation und der sogenannten 89er zu verdanken ist. Gerade die Geschichte der Berner SVP beweist, dass nur eine kraftvolle, klare politische Haltung auf die Dauer Erfolg verspricht.

Blocher hatte Erfolg dank der Klarheit der politischen Ansichten, dank klarer Führungsgrundsätze, die auch umgesetzt wurden und dank seiner Unerschrockenheit in den Konfrontationen mit den politischen Gegnern.

Der Erfolg der einen Seite ist der Misserfolg der gegnerischen Seite! Es bräuchte Grösse – nicht bloss Länge – Herr Darbellay – um die Ursachen des Misserfolges bei sich selbst zu suchen!

**Vorhang zu – warten wir auf den nächsten Akt in diesem Theater! Es könnte leicht eine Tragödie werden!**

*V. J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz*

Nun kommen die «Retter» aus genau diesen Parteien und drücken auf die Tränendrüsen um Druck auf die Behörden auszuüben. Aus rein menschlicher Sicht würde ich gerne jedem Menschen eine Aufenthaltbewilligung in der schönen Schweiz ermöglichen. Allerdings hätten wir dann noch viel grössere Übervölkerungs-, resp. Umwelt-Probleme. Die Bevölkerungsdichte ist entscheidend für eine nachhaltige Umweltpolitik. Dies haben die Schweizer Demokraten schon lange erkannt und politisieren entsprechend.

Einige Mitbürger werden nun sagen, dass diese Haltung fremdenfeindlich sei. Rassistisch ist jedoch, wenn Politiker einzelne Menschen «herauspicken» und deren Lebensgeschichte für ihre politische Karriere und Imageaufpolierung missbrauchen. Pfui!

*Patrik Cattin, e. Grossrat, Basel*



## Multikulturell = Multikriminell

### Und wieder ausländische Schlägerbanden

AZ, 7. Januar 2008: In Frankfurt am Main prügeln sieben 17- bis 21-Jährige mit Migrationshintergrund (welch «schöne» Umschreibung bzw. Verniedlichung der Schweizerhasser-Zeitung «AZ» für «Ausländer») einen U-Bahn-Lokführer krankenhaushausreif. Sie schlugen ihn mit Faustschlägen ins Gesicht zu Boden. Dann wollten alle auf den Lokführer eintreten, die Polizei konnte das verhindern. Das Opfer wurde mit Gesichtsverletzungen und Verdacht auf Gehirnerschütterung in ein Krankenhaus gebracht. (Am 6. Januar hörte ich diese Meldung bereits am Fernsehen, dort hiess es zudem, die Täter seien von der Polizei vernommen worden und befänden sich wieder auf freiem Fuss! Anscheinend geniessen ausländische Verbrecher nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Deutschland Narrenfreiheit und können machen, was sie wollen).

In derselben Meldung hiess es weiter: In der Münchner U-Bahn zettelten zum vierten Mal in gut zwei Wochen Jugendliche eine Schlägerei an und verletzten dabei zwei 22-jährige Männer, die mit Kopfverletzungen ins Spital gebracht wurden. Die drei mutmasslichen Täter waren zwei Palästinenser und ein Iraker im Alter von 16 und 17 Jahren.

Kommentar der Redaktion: Sollen wir Schweizer froh sein, dass nicht nur bei uns, sondern offenbar auch in Deutschland ausländische Kriminelle langsam aber sicher die Macht im Staat übernehmen? Und zweitens: Es hat sich offenbar weltweit herumgesprochen, dass die Schweiz, Deutschland und wohl auch ganz Westeuropa ein Paradies für ausländische Übeltäter sind. Aus Gründen des ARG (Antirassismogesetz) dürfen sich anscheinend Ausländer wie die Vandalen benehmen und dürfen demnächst wohl auch nicht mehr verhaftet oder gar angeklagt werden. Es han-

delt sich ja um «arme» Ausländer, die in ihren Heimatländern verfolgt wurden, wenn man deren jeweiligen Aussagen Glauben schenkt.

### Es ist allerhöchste Zeit, das Antirassismogesetz abzuschaffen.

Unterschreiben Sie unsere derzeit laufende eidg. Initiative, die genau diese Abschaffung des ARG verlangt. Unterschriftenbögen anfordern bei unserem Zentralsekretariat «Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern» oder beim «Initiativ-Komitee für freie Meinungsäusserung, Postfach 108, 3806 Bönigen».

AZ, 12. Januar 2008: «**Ehemann überfuhr Frau mit Absicht**». Unter diesem Titel berichtete die «Aargauer Zeitung» darüber, wie ein 51-jähriger Mann seine getrennt von ihm lebende Frau vorsätzlich auf dem Fussgängerstreifen mit dem Auto anfuhr, wobei diese getötet wurde. Erst im letzten Satz des Artikels stand, dass der Täter ein Portugiese ist.

SD, 12. Januar 2008: «**Bande mit fünf Händlern verhaftet**». Eine Bande von fünf Drogenhändlern hat die Polizei in Zürich-Oerlikon verhaftet. Dabei stellte sie 1220 Gramm Heroin, 70 Gramm Kokain, 1500 Gramm Streckmittel, 7000 Franken Bargeld und diverse Mobiltelefone sicher. Erst am Schluss des Artikels hiess es, dass es sich um 22- bis 26-jährige Albaner handelt. Drei von ihnen verbüsst bereits lange Haftstrafen wegen Drogendelikten.

Am Radio Argovia wurde am 13.1.2008 (sowie in der «AZ» vom 14.1.2008) folgende Meldung gebracht: Im Fricktal sind am 12.1.2008 um 22 Uhr vier Schweizer Jugendliche von ausländischen Jugendlichen überfallen und beraubt worden. Diese forderten vorerst «nur» Marihuana. Da die Schweizer keines hatten, zogen zwei der Täter ein Messer und einen Schlagring. Darauf händigten die Schweizer ihr Bargeld und die Mobiltelefone aus.

Nach der Tat, als die Schweizer sich entfernen wollten, rammte ein Türke einem 16-Jährigen das Messer in Rücken und Oberschenkel (in der «AZ» hiess es zwar lediglich «in den Oberschenkel»); der Verletzte musste ins Spital eingeliefert werden. Der Türke konnte eine Stunde später verhaftet wer-

den. Ein weiterer Täter ist ein 17-jähriger Serbe; nach ihm und weiteren Tätern wird gefahndet. Es bewahrheitet sich halt immer öfter: Die Schweiz wird langsam aber sicher zum Spielfeld ausländischer Krimineller.

### «Holländischer» Vergewaltiger

AZ, 3. Januar 2008: In der Vorchau hiess es «**Vergewaltigung im Hotelzimmer**»; darunter folgender Text (wörtlich): «Ein 31-jähriger holländischer Reisender ist vom Bezirksgericht Baden wegen Vergewaltigung zu einer Freiheitsstrafe von 3½ Jahren verurteilt worden.» Im Text einige Seiten später erfuhr man dann Näheres über diesen Fall. Der «Holländer» entpuppte sich als in Holland eingebürgerter Türke, vorsichtig lediglich als «türkischstämmiger Holländer» bezeichnet. Der Vorfall: Um 2.30 Uhr hatte «Murat», wie er in der Zeitung genannt wurde, in einem Badener Hotel eingeecheckt. Kaum hatte er das Hotelzimmer bezogen, meldete er telefonisch bei der jungen Frau an der Reception, dass der Fernseher nicht funktioniere. Als die junge Frau nachschauen ging, wurde sie von Murat, der nur noch ein Frottiertuch um die Hüften trug, gepackt und gewaltsam zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Dass der Türke, pardon ich meine natürlich der «Holländer», eine völlig andere Version lieferte, erstaunt wohl niemanden. Die Frau habe im Zimmer zuerst einen Striptease hingelegt, sei dem «armen» Murat dann nähergekommen, sei ganz offensichtlich geil gewesen und so sei es zum Sex gekommen, natürlich freiwillig. Das Bezirksgericht Baden glaubte Murat diese Version allerdings nicht. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass Murat bzw. sein Anwalt den Fall ans Obergericht und dann ans Bundesgericht weiterleiten werden. Dass schliesslich die Steuerzahler die Kosten für alle diese Gerichtsverfahren tragen werden, kann ebenfalls als sicher angenommen werden. Der grösste Nutzniesser wird dabei wohl wie gewöhnlich der Anwalt von Murat sein; der erhält so oder so seine Kosten vergütet.

*Dragan Najman, Baden*

### Ausschreitungen im benachbarten Ausland

ds. Vielleicht haben Sie, liebe Leserinnen und Leser, die Bilder von den Ausschreitungen in Deutschland gesehen bei denen vermeintlich gut integrierte Türken und Kurden mit Messern und Schlagstöcken aufeinander losgingen. Ebenfalls kürzlich wurden in Frankreich sogar Polizisten mit Schusswaffen angegriffen. Interessant ist dabei, dass der Waffenbesitz in Frankreich für Private verboten ist – zu nützen scheint es wenig. Trotzdem haben sich in der Schweiz linke Politikerinnen und Politiker zum Ziel gesetzt das Waffenrecht massiv zu verschärfen. Das Resultat davon wäre allerdings, dass die rechtschaffenden Schweizer ihre Waffen brav abgeben würden, während sich Ausländer auf illegalem Wege Waffen beschaffen würden. Somit wären wir Schweizer den gewaltbereiten Ausländern schutzlos ausgesetzt. Doch der Schutz der Schweizerinnen und Schweizer war ja noch nie das Ziel der Linken...

### Schiesserei in Waadtländer Moschee

ds. Kürzlich hat ein 23-Jähriger praktizierender Moslem in einer Moschee zehn Schüsse aus einer Schweizer Armeewaffe abgegeben und dabei einen 43-Jährigen schwer verletzt. Weshalb er diese Tat begangen hat ist noch unklar. Das Geschrei der linken Parteien liess allerdings nicht lange auf sich warten. Sie forderten wieder einmal, dass die Armeewaffe künftig nicht mehr daheim aufbewahrt werden dürfe, da es anscheinend zu gefährlich sei.

Genau so hat es sich auch schon beim Amokläufer in Baden (ebenfalls ein Eingebürgerter Ausländer) zugetragen. Offensichtlich kommen diese «Papierlischwizer» mit der jahrhundert alten Tradition des bewaffneten Wehrmannes nicht zurecht.

Deshalb fordern wir Schweizer Demokraten ultimativ Armeeingehörige, die nicht aus unserem Kulturkreis stammen, aus der Armee auszuschliessen und zu entwaffnen um weiteres Ungemach zu verhindern.



### Basel-Stadt

**Neu:** Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr **Stamm** im Rest. Münchnerhof. Riehenring 75, gleich neben der Tramhaltestelle Messeplatz. Info Telefon 061 262 03 04





## Ein zweiter Ruedi Minger täte not!

Das Versailler-Diktat hatte 1919 die Basis für die Entstehung der nationalsozialistischen Bewegung geschaffen. Ein gewisser Adolf Hitler schuf diese im Verbund mit Gleichgesinnten. Die NSDAP – seine politische Bewegung – kämpfte zielbewusst und hartnäckig um die Macht und erhielt den Respekt nicht nur seiner eigenen Anhänger, sondern auch ausländischer Politiker und Geldgeber. So bewunderte ihn z.B. 1935 ein gewisser Winston Churchill «für den Mut, die Beharrlichkeit und die wilde Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, die seinen Weg versperrten, sie zu versöhnen oder sie zu überwinden».

Lloyd George beurteilte Hitler als «den grössten, lebenden Deutschen, einen deutschen George Washington.»

Und noch 1938 erkor ihn das Nachrichtenmagazin «Time» zum «Mann des Jahres 1938».

In der Schweiz hatten seit Anfang der 30er-Jahre national gesinnte Kräfte – insbesondere der BGB (heute SVP), aber auch der KK (heute CVP) und der FdP die Gefahr erkannt, die von diesem «Mann des Jahres» ausging. Es brauchte jedoch einen Rudolf Minger, einen bodenständigen Bauern, um die nach dem 1. Weltkrieg unter dem Druck der Linken sträflich vernachlässigte Armee wieder aufzubauen. Nur dank seines unermüdlichen Einsatzes gelang es, die Armee wieder zu einem respektgebietenden Organ der militärischen Landesverteidigung vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Europa zu entwickeln.

### Und heute?!

Als Ergebnis der wilden Reorganisationen der Armee seit 1990 steht diese heute buchstäblich am Abgrund. Weder zahlenmässig, noch organisatorisch oder führungsmässig ist sie ihrer Aufgabe gemäss der Bundesverfassung noch gewachsen. Der desolate Zustand ist die Folge politischer Entscheide, die von den Bundesräten Ogi und später Schmid – z.T. unter dem Einsatz einer geradezu lügnerschen Propaganda – durchgesetzt wurden. Der Beitritt zur US-dominierten PfP, zur UNO und die Ausland-Einsätze haben enorme Kosten mit sich gebracht, für die Sicherheit unseres Landes aber ausschliesslich Nachteile generiert. Es ist der Aussage von Beni Gafner im Schlusswort seines «Gafner-Report» zuzustimmen, wenn er sagt

(Zitat): *Bundesrat Ogi, Bundesrat Schmid und sein Chef der Armee, Keckeis, haben mit reichlicher Unterstützung aus Verwaltung und Parlament die Schweizer Armee in wesentlichen Teilen zu Grunde gerichtet». Und: «Die Verantwortung liegt trotzdem bei Keckeis und politisch bei Bundesrat Schmid.»*

### Die Anbindung der Schweiz an die Grossmacht USA

ist militärisch bereits weitgehend Tatsache. Deshalb ist primär zu fragen, welche Interessen diese Grossmacht tatsächlich verfolgt. Der weltbekannte ehemalige Mitarbeiter im US-Aussenministerium und seit 1967 freischaffender Journalist William Blum veröffentlichte mehrere Bücher zur amerikanischen Machtpolitik. Im Klappentext seines jüngsten Werkes, betitelt

«Schurkenstaat» heisst es (Zitat): *Als Kenner der US-Administration, als akribischer und genauer Forscher hat er im vorliegenden Band die These vom «Schurkenstaat» aufgegriffen und weist nach, dass die USA, sein Heimatland, zuallererst ein Schurkenstaat ist. In diesem Rechtsstaat wird gemordet, gefoltert, werden Wahlen gefälscht, wird die öffentliche Meinung manipuliert, werden die Menschenrechte mit Füßen getreten, Freiheit und Demokratie sind zu leeren Worthülsen verkommen.*

*Ob nun in der so genannten westlichen Hemisphäre – beider Amerika – oder im mittleren Osten, in allen Regionen, die das Potential haben, dass dort amerikanische Werte, amerikanische Interessen zu verteidigen sind, wird ebenso gemordet, geplündert, gefoltert, werden die Interessen der einheimischen Bevölkerung mit Füßen getreten.*

Es ist Beni Gafner zuzustimmen, wenn er in der Einleitung zu seinem «Gafner-Report» schreibt (Zitat): *Der in den 90er Jahren herbeigeredete Idealzustand, auf den sich die Welt hinbewege, der sich mit allerhand bewaffneten Interventionen rund um den Erdball etwas beschleunigen liesse, ist ferner denn je. Gewalt ist viel mehr so allgegenwärtig wie immer in der Geschichte der Menschheit. Menschen töten und bekriegen sich. Kriege sind nicht verschwunden, auch konventionelle nicht, hinzugekommen sind aber neue Gefahren. Die Gründe dafür sind die alten, hinfällig erforschten:*



Waren noch Lichtgestalten: Ruedi Minger und General Henri Guisan.

### Kampf um Ressourcen, Machterhalt und Machtgewinn, Religion usw.

*Die Schweiz zelebriert derweil den sicherheitspolitischen Traumtanz. Ihre obersten Vertreter brausen in Konferenz- und Sitzungszimmer in aller Welt, pflegen mit partnerschaftlichen Friedensfreundschaften ihr eigenes Ansehen und vergessen, dass in der Welt der Armeen der Stärkere dem Schwächeren befiehlt.*

### Partnerschaft ist in diesem Umfeld der Machterhaltung und des Machtgewinns das verkleidete Wort des Mächtigen für die Unterstellung

Posaunte der ex-Armeechef Keckeis hinaus, Neutralität schütze nicht vor Terror, müsste man bei umfassender Beurteilung ebenso zum Schluss kommen, dass Neutralität in terroristischem Umfeld jedenfalls die Sicherheit im Land erhöht. Dann nämlich wenn die Maxime Neutralität so ernst genommen wird, dass die Schweiz unabhängig von bestehenden Machtblöcken handelt. Es darf nicht vergessen werden, dass sich der Terror in allererster Linie gegen die amerikanische Machtpolitik und deren Vasallen richtet.

In diesem global geführten Krieg (war on the terror, laut G.W. Bush) gibt es tatsächlich drei Verhaltensvarianten, nämlich

- a) die Anlehnung an den imperialen Machtblock, geführt von den USA;
- b) die Solidarisierung mit den ausgebeuteten, ehemaligen Kolonialstaaten und den aufstrebenden 2.-Welt-Mächten;
- c) die strikte, bewaffnete Neutralität, mit ihrer Verpflichtung zur zivilen Hilfestellung im humanitären Bereich (Rotes Kreuz!), als Vermittler (Diplomatie), als Gastgeber für Konferenzen verfeindeter Staaten usw.

**Was unser Volk grossmehrheitlich will, ist sehr klar. Es will die Bewahrung der bewaffneten Neutralität. Es will die Reaktivierung der Strategie des «hohen Eintrittspreises». Es will gelebte Solidarität und will sich nicht missbrau-**

chen lassen zu sogenannt robusten Friedenseinsätzen in einem schlecht verhüllten Machtpoker zur Sicherung der Ressourcen dieser Welt zu Gunsten des «american way of life»!

Und genau hier liegt der Hund begraben! Denn alles das wollen gewisse Kreise des VBS nicht und werden dabei von den Internationalisten von links und rechts unterstützt.

### Ein lange dauernder Kraftakt ist notwendig!

um die Kampfkraft der gesamten Schweizer Streitkräfte wieder aufzubauen. Es ist zu alten, bewährten Maximen schrittweise zurückzukehren, wie

- intensive Verzahnung von Polizei, Zivilschutz, Sanitätseinrichtungen und Militär;
- konsequente Nutzung der zivil erworbenen Kenntnisse der Armeeingehörigen;
- Wiederaufbau territorialer Einheiten mit ihren Detailkenntnissen zum Schutze wichtiger Installationen, wie

- Flughäfen
- Verkehrsknotenpunkte und wichtige Verkehrswege
- Bundes-Bern
- Telekommunikationseinrichtungen
- Kraftwerke
- Rückgängigmachung der störungsanfälligen Zentralisierung der Logistik der Armee
- usw. usf.

**Der Bürger in Uniform ist wieder als Träger des Widerstandswillens zu erkennen und entsprechend zu behandeln. Die sogenannte Professionalisierung ist nichts anderes als eine kostspielige Augenwischerei.**

Zur Realisierung all dieser Korrekturen brauchen wir politische und militärische Führungspersönlichkeiten, die über das notwendige Vertrauen in unserem Volke verfügen, die an die Verteidigungswürdigkeit unserer Staatsform, an die Zukunft einer politisch unabhängigen Schweiz glauben und sich dementsprechend äussern und verhalten.

Sie müssten fähig sein, langfristig richtige Prioritäten zu setzen und die Mittel im Staatshaushalt freimachen zu können, um die Realisierung der oben angedeuteten Massnahmen zu ermöglichen.

**Lichtfiguren wie es Bundesrat Rudolf Minger und General Henri Guisan waren, sind wieder gefragt!**

Hans Spitz, Köniz

# Die Welt ist kein Ballon

Die Welt ist eine Kugel, kein Ballon. Ihre Oberfläche kann nicht wachsen. Die Hauptfunktion des Bodens für uns Menschen ist die Ernährung. Sie ist ohne fruchtbare Äcker und Wiesen unmöglich. Doch die hierfür nutzbare Bodenfläche nimmt zufolge der Übernutzung des Planeten durch die Menschen, die sich explosionsartig vermehren, weltweit ständig ab. Die Wüsten sind auf dem Vormarsch. Auf Grönland und in der Antarktis beginnt der Eispanzer abzuschmelzen. Geht das so weiter, so werden in flachen Küstengebieten schon bald grosse Landflächen in den Fluten versinken. Dazu kommt, dass die Menschen immer mehr Boden als Siedlungsfläche beanspruchen.

## Überbauung heisst Zerstörung des Bodens

Die Bildung einer fruchtbaren Humusdecke dauert Jahrtausende. Wird sie abgetragen und der Boden mit Bauten überstellt, so ist zwar die Grundstückfläche noch da. Eine Wiederherstellung des fruchtbaren Bodens aber ist äusserst aufwendig und deshalb höchstens auf einzelnen kleineren Flächen möglich. Jede neue Überbauung bedeutet faktisch die unwiderrufliche Zerstörung eines weiteren Stücks unserer Ernährungs- und damit Lebensgrundlage. Dass irgendwann einmal, wenn die Menschheit sich endgültig selber kaputtgemacht hat, auch ihre Hinterlassenschaft aus Beton zerbröckeln und die Natur das verlorene Land zurückerobert wird, ist ein schwacher Trost.

## Krieg um die letzten Ressourcen

Ob das Erdöl in 30 oder erst in 150 Jahren ausgeht – es wird zur Neige gehen. Ähnliches gilt für gewisse seltene Metalle, ohne die manche moderne Technologie nicht funktioniert, und anderes mehr. Sauberes Wasser ist schon in weiten Teilen der Welt Mangelware. Die Geschichte lehrt uns, was bei einer weiteren Verknappung wichtiger Ressourcen zu erwarten ist. Es wird weltweit Krieg geben, und diesem Krieg werden auch wir Schweizer uns nicht mehr unbeschadet entziehen können! Selbst wenn das aber einstweilen noch nicht der Fall sein sollte, ist eines sicher. Sobald jene Länder, die heute noch grosse Überschüsse z.B. an Nahrungsmitteln produzieren, dazu wegen ihres enormen Bevölkerungswachstums nicht mehr in der Lage sind, werden sie nicht mehr exportieren, sondern ihre Produkte selber konsumieren. Dann wird uns Schweizer bitter reuen, dass wir seit

1950 zwei Millionen Zuwanderer ins Land gelassen und zu deren Unterbringung sowie aus Profit- und Wohlstandssucht einen grossen Teil unseres unersetzlichen Bodens zubetoniert haben.

## Eigentum am Boden ist fragwürdig

Wer ein Möbelstück, ein Tischtuch oder eine Flasche Wein kauft, kann damit tun was er will – auch zersägen, zerschneiden oder zu Scherben zerschlagen. Ein nachhaltiger Schaden für die Mitmenschen entsteht dadurch nicht. Beim Boden ist es anders. Solange das Eigentum bedeutet, dass ein Bauer auf seinem Stück Land ein Haus für sich und seine Familie baut und den grossen Rest des Bodens landwirtschaftlich nutzt, ist das problemlos. Diese Nutzung lässt sich im Regelfall Jahr für Jahr wiederholen und bleibt auch späteren Besitzern desselben Bodens ohne weiteres möglich. Anders ist es, wenn fruchtbares Land überbaut wird. Der Bauherr mag profitieren. Es werden aber vollendete Tatsachen geschaffen, die von späteren Generationen kaum mehr rückgängig gemacht werden können, auch wenn sie es noch so nötig hätten. Darum sollte das Eigentum an Grund und Boden zwar nicht abgeschafft, aber viel stärker dem langfristigen Gemeinwohl verpflichtet werden. Dies politisch durchzusetzen, ist leider sehr, sehr schwierig. Obwohl die meisten Schweizerinnen und Schweizer kein Land besitzen und kaum je eine Chance erhalten werden, solches zu erwerben, träumen sie doch vom eigenen Häuschen und wollen deshalb am bestehenden Bodenrecht nichts ändern. Diese Haltung verstärkt sich paradoxerweise noch, je schlimmer die Übervölkerung wird, denn das Gefühl der Enge bewirkt erst recht den Wunsch, sich in die eigenen vier Wände flüchten zu können.

## Raumplanung verschärfen!

Die Schweiz besitzt seit dreissig Jahren ein Raumplanungsgesetz, das auf dem Papier wunderbar aussieht. Doch die Landschaftszerstörung geht weiter wie eh und je. Der Irrglaube vieler Gemeindebehörden, es gehe ihrem Dorf um so besser, je grösser die Einwohnerzahl werde, hat dazu geführt, dass überall viel zu grosse Bauzonen ausgeschieden wurden. Sind sie irgendwann doch verbraucht, zont man schnell neues Land ein. Wir haben schon jetzt viel zu wenig Boden, um die stark gewachsene und durch Masseneinwanderung jährlich um weitere 50 000 Personen wachsende Bevölkerung – von einem «Volk» kann kaum mehr

die Rede sein – aus eigener Kraft zu ernähren. Doch die Einsicht, dass jeder weitere Verlust an landwirtschaftlich nutzbarem Boden verhindert werden muss, geht den machthabenden Politikern völlig ab. Viele von ihnen sind sowieso faktisch Knechte des Geldes, mit der Baubranche, Kreditinstituten usw. so verbandelt, dass sie gar nicht anders können als der Bodenvernichtung tatenlos zuzusehen oder sie gar aktiv zu fördern. Das Raumplanungsgesetz muss in wesentlichen Punkten massiv verschärft werden. Die Bodenzerstörung kann nur aufgehalten werden, wenn die Raumplanung von einer zentralen, von Wirtschaftsmächten völlig unabhängigen Stelle verbindlich festgesetzt und nicht der Macht lokaler Bauspekulanten und ihrer Klientel überlassen wird. Soweit die bestehenden Bauzonen noch unüberbaut sind, sind sie sofort und definitiv auszunutzen, soweit eine bäuerliche oder gartenbauliche Nutzung noch einigermaßen möglich ist. Ein Moratorium, welches bloss für eine beschränkte Zeit gilt und auch während dieser Zeitspanne nur eine Vergrösserung der viel zu grossen Bauzonen verunmöglicht, ist besser als nichts, taugt aber nicht zur wirklichen Lösung des Problems. Während des Moratoriums wird man die bestehenden Bauzonen zubetonieren und nachher mit der Begründung, es habe kein «Bauland» mehr, sofort wieder Land einzonen.

## Schluss mit Auszonungs-Entschädigungen!

Tausende von Bauern haben das Land ihrer Vorfahren verkauft und der Zerstörung geopfert. Sie sind damit reich geworden wie viele simple Bodenspekulanten auch. Nie hat jemand gefordert, dass bei einer Einzonung und nachfolgenden Überbauung der Gewinn dem Staat abgeliefert werden muss. Wird aber ein Stück Bauzone noch rechtzeitig wieder ausgezont, so muss der Staat den Eigentümern mit millionenschweren Entschädigungszahlungen den entgangenen Profit ersetzen, wenn ihm die Auszonung nicht überhaupt gerichtlich verboten wird. Das hat in der Praxis zur Folge, dass Einzonungen problemlos erfolgen können, eine wesentliche Verkleinerung der vielen überdimensionierten Bauzonen hingegen nahezu unmöglich wird. Raumplanung als Einbahnstrasse ... Dieser Unfug muss aufgehört, sonst bleibt unseren Kindern und Enkeln statt der Heimat nur noch eine Betonwüste, durchsetzt mit ein paar Golfplätzen für Bonzen und Spekulanten.



*Die Welt ist eine Kugel – kein Ballon!*

## Einwanderung zwingt zur Bodenzerstörung

Mit den unsäglichen EU-Kolonialverträgen haben wir jegliches Instrument aus der Hand gegeben, um die Einwanderung zu stoppen. Jeder Einwanderer braucht Wohn- und Verkehrsraum, vergrössert den Bedarf an Infrastruktur jeder Art (Schulen, Spitäler usw.), jeder EUBürger kann beliebig Schweizerboden zusammenkaufen. Obwohl es schon viel zu viele Einkaufszentren gibt, lässt man Aldi und Lidl ein paar Dutzend weitere bauen, samt riesigen Parkplätzen. Wer die Vernichtung unserer Landschaft und unserer Ernährungsbasis stoppen will, muss den Mut finden, auch für die umgehende Kündigung der EU-Verträge, für einen sofortigen und vollständigen Einwanderungsstopp und für ein Verbot jeglichen Bodenverkaufs an Ausländer einzustehen. Die Umweltverbände mit ihrer durchaus gut gemeinten und unterstützungswürdigen Moratoriums-Initiative haben diesen Mut leider nicht, sondern heulen in Sachen Bevölkerung- und Aussenpolitik mit den Wölfen. Ebenso fehlt weit herum die Courage, heilige Kühe des Geldbürgertums wie die «Handels- und Gewerbefreiheit» anzutasten und z.B. die Zahl der Einkaufszentren oder Zweitwohnungen ein für allemal zu limitieren. Was ist das für eine elende «Freiheit», die es ein paar wenigen erlaubt, um des Profites willen die Lebensgrundlagen künftiger Generationen von Schweizern kaputt zu machen? Privatwirtschaftlicher Wettbewerb ist gut, aber auch er muss seine Grenzen haben, so wie ein Fussballplatz von klaren Linien begrenzt ist und der Match nicht mit der Begründung, die «Spielfreiheit» sei zu gewährleisten, auf der Tribüne oder im Schwimmbassin weitergeführt werden kann. In Sachen Landschaftsschutz und Erhaltung des unersetzlichen Heimatbodens gibt es für uns Schweizer Demokraten überall viel zu tun – wenn wirs nicht energischer anpacken, ist es bald endgültig zu spät!

*Christoph Spiess, Zürich*

**Kanton Zürich****Krasse Missachtung des Volkswillens**

Acht Jahre nach der gut geheissenen Volksinitiative «220 000 Franken Jahresgehalt sind genug» will der Zürcher Stadtrat die Lohnobergrenze für sich und das obere Kader auf 250 000 Franken erhöhen. Mitglieder des Stadtrats sollen laut Antrag als Obergrenze 109 Prozent von dieser Summe erhalten, was ein Jahresgehalt von 272 500 Franken ergibt. Der Lohn für den Stadtpräsidenten soll neu bei 118 Prozent oder 295 000 Fran-

ken pro Jahr liegen. Und da wundern sich unsere «Regierenden» über die immer geringere Stimmbeteiligung. Das ist doch logisch; immer mehr Stimmberechtigte sagen sich doch: «Warum soll ich stimmen (oder wählen) gehen? Die da oben machen ja doch was sie wollen.» Einen analogen Satz höre ich auch sehr oft, wenn wir Unterschriften für ein Referendum oder eine Initiative sammeln.

*Dragan Najman, Baden*

**SD fordern Schwarzenbach-Strasse**

**Patrick Blöchliger und Ueli Brassler bitten den Stadtrat zu prüfen, wo eine Strasse oder ein Weg nach dem prominenten Politiker und Vorkämpfer der patriotischen Bewegung in der Schweiz, Nationalrat James Schwarzenbach (1911–1994), benannt werden kann.**

In der Schweiz werden entgegen der Praxis vieler anderer Länder zu Recht nur selten Strassen nach Politikern benannt. Herausragende Persönlichkeiten werden aber auch hierzulande nach ihrem Tod so geehrt. So gibt es in Zürich z.B. eine nach dem Gründer der «Migros» und langjährigen Parlamentarier Gottlieb Duttweiler benannte Duttweilerstrasse (und -brücke), eine Sieberstrasse, einen Jakob-Peter-Weg (nach den früheren Stadträten Sieber und Peter), eine Sigi-Feigel-Terrasse usw.

James Schwarzenbach gehörte wie Gottlieb Duttweiler zur Kategorie charismatischer Politiker(innen), von denen pro Generation vielleicht eine(r) so prominent in Erscheinung tritt. Er stammte aus Zürich und trug in den späten 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts wesentlich dazu bei, dass die



*Nach dem charismatischen Politiker James Schwarzenbach soll eine Strasse benannt werden.*

problematischen Folgen der Masseneinwanderung nicht länger aus der politischen Diskussion verdrängt, sondern thematisiert wurden. Schwarzenbach gehörte von 1967 bis 1978 dem Nationalrat an und prägte mit seinem Einsatz für die Erhaltung der schweizerischen Identität das politische Leben während langen Jahren. Dass er zu Lebzeiten umstritten war, kann der vorgeschlagenen Ehrung nicht entgegenstehen, trifft dies doch auch auf andere Persönlichkeiten zu (z.B. Duttweiler, Feigel), nach denen gleichwohl eine Strassenbenennung erfolgte.

**Kanton Aargau****Bericht vom Parteitag**

Am 18. Januar 2008 hat die SD des Kantons Aargau ihren Parteitag durchgeführt. Dieser fand früher statt als sonst, damit die Vorbereitungen auf die Grossratswahlen vom 8. März 2009 (die Listen der Kandidaten müssen bis spätestens 15. Dezember 2008 eingereicht werden) frühzeitig begonnen werden können. Wahlen in den Kantonalvorstand:

Präsident: René Kunz (neu); Vizepräsident: Urs Müller (neu), e. Grossrat; Kassierin: Lidwina Wiederkehr, e. Gemeindeammann; Protokollführer: Marco Hasler; Beisitzer: Daniel Bircher, Gemeinderat.

Zu den Wahlen: René Kunz war schon früher während mehrerer Jahre Kantonalpräsident und hat sich vorläufig bis zu den Grossrats-

wahlen 2009 wieder zur Verfügung gestellt; Urs Müller wurde auch als zusätzliches ZV-Mitglied gewählt.

**Kantonale Abstimmungen vom 24. Februar 2008**

Parolenfassung:  
Grossratswahlgesetz:

**Einstimmig Ja**

Verfassungsänderung:

**Einstimmig Ja**

Aarg. Volksinitiative «Gegen Bauverhinderung, für neue Arbeitsplätze» (= Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts)

**bei einer Gegenstimme einstimmig Nein**

Bahnhof Aarau (Erwerb von Stockwerkeigentum für die kantonale Verwaltung):

**bei einer Gegenstimme einstimmig Nein**

Betreffend Grossratswahlgesetz (GRW): Für die GRW vom 8. März 2009 ist das System «Doppelter Pukelsheim» vorgesehen. Dieses System, vom deutschen Professor Pukelsheim für den deutschen Bundesstaat Bremen entwickelt, ist die beste Wahlmethode, damit jede Stimme zählt. Der ganze Kanton wird vorerst als ein einziger Wahlkreis betrachtet. Bereits mit einem Stimmenanteil von zirka 0,72 Prozent wird man im Aargau

einen Sitz erhalten. Bei Annahme dieses GRW-Gesetzes kann die SD Aargau ohne weiteres drei Grossratsitze erringen.

**Wir rufen deshalb unsere Mitglieder und Sympathisanten auf, am 24. Februar 2008 unbedingt abstimmen zu gehen und ein Ja einzulegen.**

Mit genügend Einsatz und guten Kandidatenlisten liegen selbst fünf Sitze drin, womit wir wieder Fraktionsstärke erreichen würden.

**Mitglieder der SD Aargau, die an einer Kandidatur für den Grossen Rat Interesse haben, können sich melden** beim Kantonalpräsidenten René Kunz, Breitestrasse 14, 5734 Reinach, Tel. 062 772 16 66, E-Mail: kunz.rene@bluewin.ch oder beim Präsidenten der Wahlkampfkommission Dragan Najman, Mellingerstrasse 176, Postfach 1213, 5401 Baden, Tel. 056 222 68 72.

**Betreffend Nein-Parole für den Bahnhof Aarau:** Praktisch einhellig waren die Anwesenden der Meinung, dass 21,1 Millionen (in Zahlen 21'100'000 Schweizer Franken!) viel zu teuer sind. Die kantonale Verwaltung muss nicht unbedingt mitten im Zentrum – auf dem teuersten Pflaster – Büroräume kaufen.

**Kanton Thurgau**

**Regierungsratswahl 24. Februar 2008**

**Kein Bisheriger und Graf-Schelling raus!**

Die Schweizer Demokraten haben in Weinfelden beschlossen, definitiv SP-Regierungsrat Graf-Schelling zur Abwahl zu empfehlen! Aber auch alle Bisherigen können keinesfalls empfohlen werden. Bitte weitersagen und Mitbürgern helfen bei der Wahl! Dieser Regierungsrat und allen voran Claudius Graf-Schelling haben den Thurgau betrogen. Mit Steuergeldern haben sie Werbung für ihr mieses Machwerk gegen unser Volk (Einbürgerungsgesetz vom 25. Nov. 07) gemacht, viele kantonale Dienststellen haben Arbeitsstunden «geopfert» – natürlich alles auf unsere Kosten! (Plakate, Flugblätter, Texte, Plakataushängung usw.) Sogar die Abstimmungsbroschüre wurde manipuliert, die Seite «Argumente der Gegner» gab es gar nicht. Alle bisherigen RR haben dieses miserable und als «Schnellschuss» aufgestellte Einbürgerungsgesetz unterstützt (Konkordanz) und damit dem Bürger regelrecht eine Ohrfeige verpassen wollen! Natürlich hat einer ganz massiv Regie geführt: Graf-Schelling! Ihn empfeh-

len wir in jedem Fall zur Abwahl. Füllen Sie in die Linien auf Ihrem Wahlzettel einfach stimmfähige Nachbarn, Bekannte oder Freunde ein! So erhöhen wir gleichzeitig mit der Abwahl das absolute Mehr. Bitte den Leserbrief keinesfalls vergessen.

**Neues Blut ohne Vetternwirtschaft: Daniel Wittwer**

Der Regierungsrat braucht unbedingt einen neuen, unabhängigen Mann aus dem Volk. Daniel Wittwer (EDU) können wir voll und ganz unterstützen. Er ist immer wieder als Opposition angetreten gegen diese Regierungsmacht und das Volk hat ihm meistens Recht gegeben. Echte Konkordanz wäre sicher gut, aber nun gilt es, die ganze Vetternwirtschaft abzulösen; wir brauchen Vertreter des einfachen Volkes!

**Eine Frau in den Regierungsrat? Wir geben Monika Knill eine Chance**

Diese Frau hat sich nie exponiert

*Fortsetzung Seite 12*

## Regierungswahlen

Fortsetzung von Seite 11

und macht es allen SVPlern sicher recht. Trotzdem ist Monika Knill in jedem Fall einer anderen Dame, die ebenfalls kandidiert, bei Weitem vorzuziehen. Zudem glauben viele Bürger, dass es Zeit für eine Frau wäre...

### Traurige Umfrage-Ergebnisse

Es ist fast unglaublich, wie gross der Frust, die Wut und die Enttäuschungen im Volk sind und zwar über Statthalter, dessen Vize und natürlich über die Bezirksgerichte und vor allem über viele Bezirksrichter. Es war der SD Thurgau unmöglich, all die Vorkommnisse, Unregelmässigkeiten, Vetternwirtschaften, Unvermögen und vieles mehr so aufzulisten, dass ein hieb- und stichfester Argumentationskatalog auf den Tisch gekommen wäre, um damit dem Stimmbürger eine Wahlhilfe für die Wahlen vom 24.02.08 in die Hand zu geben. Das Versagen vieler Amtsinhaber ist erschreckend, noch erschreckender ist die Reaktion und die Aussage von betroffenen Bürgern. Wir wundern uns immer mehr, dass so wenige Gewaltausbrüche bekannt werden!

## Weber-Initiative

Ich erlaube mir, mich als direkt betroffene Person und bedingungsloser Befürworter der Armee (mit ihrem Auftrag «Bewaffneter Neutralitätsschutz») zur kommenden Abstimmung zu äussern. Die Berner-Oberländer-Bevölkerung wird derzeit nicht einmal von den gewählten Gemeindevertretern, geschweige denn von den Nationalräten, welche im Vorfeld der Wahlen 2007 grosse Töne verlauten liessen, vertreten. Lügen und Halbwahrheiten werden noch so gerne von den «Nationalen» Medien publiziert, ohne die tatsächlich betroffenen Bewohner dieser Alpenregion ernsthaft anzuhören. Wir im Alpengebiet wollen eine Flug-Einschränkung zum Wohl der Menschen und Tiere. Dazu verhilft uns die Weber-Initiative. Diese Initiative verhindert nicht den **Einsatz-Flugbetrieb**, sondern soll das konzentrierte **Übungsfiegen** im Touristengebiet **während der Touristensaison** verhindern. Wer jemals das Getöse dieser FA/18-Hornet-Triebwerke miterlebt hat, weiss ab diesem Moment: Hier wird nichts Übertriebenes gefordert! Dass die Bevölkerung einmal mehr (wie schon bei der Armeeform XXI) mit einer Propaganda-

Darum kann nur eines betont werden: Auch hier wäre «frisches und unverbrauchtes Blut» nötig. Viele müssten abgewählt werden. Es gibt aber auch Fälle, wo Bezirksgerichtspräsidenten (Judikative) mit Regierungsräten (Exekutive) und Staatsanwälten nicht nur verschwägert, sondern auch noch Partei- und Sportsfreunde sind. Wir empfehlen also, neue Leute zu wählen.

### Keine Wiederwahl im Bezirk Steckborn

Weil die Schweizer Demokraten als Opposition gerade in diesem Bezirk Vorkommnisse erleben durften, die unglaublich sind und selbst heute erneut Bemühungen laufen, um eine effiziente Oppositionspolitik zu verhindern, empfehlen wir, allen voran René Schwarz, den Bezirksgerichtspräsidenten, nicht mehr zu wählen. Aber auch die anderen Positionen vermögen kaum zu überzeugen. Die Schweizer Demokraten empfehlen darum, auf alle Wahlzettellinien stimmfähige Bürger aus Ihrer Nachbarschaft einzutragen. So müssen die feinen Herren allenfalls einen zweiten Wahlgang bestehen – genau das wäre dringend nötig!  
*SD Thurgau, Kant. Parteileitung*

walze von Seiten des Bundesrates Schmid überrollt werden soll, verwundert keinesfalls. Die Akteure und Pro-Flugvertreter, welche immer wieder genannt werden, sind uns bestens bekannt. Dabei handelt es sich unter anderem um Rudolf von Gunten aus Ringgenberg, der schon bei der umstrittenen Beschaffung (1992) des Milliarden-Flugschrottes Testpilot unter Bundesrat Villiger war. Hinzu kommen die beiden, wegen Schmiergeldzahlungen verdächtigten Herren Daniel Eckmann und der damalige Rüstungschef Toni Wicki. Diese Herren werden immer wieder gerne von den Medien als «Kapazitäten» dargestellt. Ebenfalls wird immer wieder behauptet, dass die Piloten und andere Armeeangehörige in unserer (Lärm) Region lebten, was wiederum eine sackstarke Lüge ist. Ein Beispiel: Der Kommandant Peter Merz, Oberstleutnant im Generalstab, hat sein Wohndomizil nicht im Kanton Bern, sondern im Kanton Aargau und ist während dem Flugbetrieb meistens in hervorragend gut isolierten Räumen (genauso, wie viele andere auswärtige Offiziere und auswärtiges Bodenpersonal auch). Diese Darstellung sollte Sie, sehr

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte/Fax; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz und aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!  
**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel  
Tel. 061 262 03 04  
Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch  
**Neu:** Inserateaufgabe auch direkt möglich auf [www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch) (Spalte links, Rubrik SD-Marktplatz)

### Wer sucht, der findet!

#### ZU VERKAUFEN:

**Eisenbahnschwellen**, gebrauchte aus Holz, 30 Stück, Längen 2,4 bis 3,2 m, gut erhalten, von privat, Preis nach Absprache, Region Olten.

**Telefon 079 751 66 11**

**Aquarium**, 60 x 30 x 30 cm, ohne Zubehör, Fr. 10.–, in Basel.

**Telefon 076 450 22 83**

**Alcantara-Damen-Kunstledermantel**, Grösse 48, grau-blau, sehr gut erhalten, nur Fr. 600.–.

**Telefon 044 272 61 19**

**Heraldiker-Utensilien** (Wappenmaler): Wappensammlungen, Wappenbücher, Rahmen, Blei, Glas, Glasschleifer, Farben, Brennofen usw.

**Telefon 052 657 35 67**

**Geschwisterwagen mit Bébé-Tragtasche** (Kinderwagen für 2 Kinder), blau-carré, neuwertig. Neupreis Fr. 488.–; jetzt Fr. 200.–.

**Telefon 061 692 83 34**

**PKW, Toyota, Mod. Starlet 1300**, Limousine, weiss, Automat, 1991, 130 000 km, 5-Plätzer, 3-türig, unfallfrei, sehr guter Zustand, z. Z. in Einstellhalle in Basel, Preis Fr. 1700.–.

**Telefon 061 272 96 02**

#### GESUCHT:

**Schwyzörgeli** für meine 16-jährige Tochter. Möglichst günstig.  
**Telefon 062 721 19 91** oder [silvia.bron@bluewin.ch](mailto:silvia.bron@bluewin.ch)

**Leiterwägeli**, egal welcher Zustand. Region Basel.  
**Telefon 079 756 97 68** oder [domis@gmx.ch](mailto:domis@gmx.ch)

#### STELLENSUCHE:

Ich suche im **kaufm. Bereich eine Stelle mit einem 50–80% Pensum**, da ich die HFW (Höhere Fachschule für Wirtschaft) besuche. Raum AG/BS/BL.  
**Telefon 062 871 31 25**

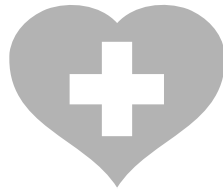
Als rückkehrender Ausland-Schweizer suche ich in Amriswil und Umgebung oder Ostschweiz Arbeit. Letzte Tätigkeit in Berlin als **Diversionspädagoge und Schulstationsleiter** an einer Realschule (Sek). Erfahrungen: Schulpsychologischer Umgang mit Jugendlichen. Organisation von Veranstaltungen. Ehemals auch Verkauf von Unterhaltungselektronik und Nutzfahrzeugen. **Offen für neue Tätigkeiten.**  
**Telefon 071 411 00 50** oder **077 439 23 54**  
[zimmispeed@bluewin.ch](mailto:zimmispeed@bluewin.ch)

geehrte Damen und Herren zur Vorsicht bewegen (ähnliche Vorgänge im Vorfeld der Armeeform XXI haben «viele» auch erst im Nachhinein aufgezeigt!). Wir im Berner Oberland vertrauen unseren Augen und Ohren, und wir bitten Sie eindringlich, nicht mitzuhelfen, die Armee abzuschaffen, **sondern die extrem lauten Übungsflüge** während den Sommermonaten einzudämmen. Aus

diesem Grund erhoffen wir uns die Unterstützung aus der ganzen Schweiz zum Schutz der majestätischen Alpen und ihren Bewohnern.

**Stimmen Sie daher am 24. Februar 2008 überlegt – die Armee kann und wird das Resultat überleben!** (siehe Verwahrungs-Initiative...)

Roland Schöni,  
1. SD Zentral-Vizepräsident



## Petit tour d'horizon post Nouvel-An



Mary Meissner,  
Vernier

La presse quotidienne a cela de bon, c'est de ne nous laisser aucun répit sur les sujets qui fâchent, qui dégoûtent ou qui agacent. Il est vrai que notre quotidien par les temps qui courent n'est pas folichon, entre les bouchons routiers, les bruits insolites qui dérangent, la propreté et l'ordre suisses qui disparaissent et les nombreux vols devenant de plus en plus astucieux au détriment de citoyens lambdas trop confiants dans la probité de leurs vis-à-vis. Ainsi nous apprenons que 30 cambriolages par jour ont été perpétrés dans le canton de Genève, et dans les quartiers des Charmilles, de Châtelaïne

et de Meyrin en ville. La police tire la sonnette d'alarme, et s'avoue incapable de retrouver les voleurs majoritairement tziganes venant de France. Entre le 22 décembre et le 3 janvier 2008, plus de 250 cas ont été enregistrés, avec quelques précisions sur l'origine d'autres malfrats, sans domicile fixe, (Merci Schengen) originaires de Moldavie, de Russie et de Géorgie âgés en général d'une trentaine d'années. Ceux-ci ont été appréhendés. Le décompte n'est pas terminé vu le nombre de vacanciers encore absents pouvant déclarer des pertes. Tout ce déploiement de mauvaises actions s'est passé au milieu des cris, des rires et des beuveries publiques, qui ont salopé les rues de Genève, faisant concurrence dès les premiers jours de l'an aux merdiers en charge des mafias napolitaines incompetentes et profiteuses.

Pierre Maudet, le jeune loup qui a été élu sur de belles promesses garantissant une ville propre, est mis

à l'index, mais on peut parier qu'il n'y aura aucune suite, comme c'est le cas contre un Ospel qui a fait perdre 14 milliards à l'UBS. Ce dernier reste à son poste affirmant qu'il n'est pour rien dans la déconfiture des subprimes américaines en perte. Maudet lui va plus loin, en déclarant que la saleté du 1er janvier avait une vertu pédagogique. Peut-être pour prouver que la Voirie dont il est responsable est d'une nécessité absolue.

Le comble de la stupidité en ce début d'année sont les déclarations de Micheline Calmy Rey au sommet de la Confédération qui préconise et approuve des transports gratuits pour le canton de Genève. Quelle mouche l'a piquée pour ajouter à ses vœux de bonne année, ce soutien aberrant à l'extrême gauche cantonale qui se bat pour la même cause! A-t-elle l'intention de payer les abonnements en distribuant une partie de nos impôts fédéraux comme elle le fait pour les

pays pauvres dans le monde entier? Bof? Tout cela n'a que peu d'importance tant que les ressortissants de ces pays, continueront à venir quand même chez nous pour vendre de la drogue comme les Albanais, ceux de Sierra Leone, de la cocaïne, ou des Irakiens en situation irrégulière, voleurs de malettes. Même la radio par l'intermédiaire de J.M. Richard réclame plus de 98 000 paquets pour l'action «Deux fois Noël», à envoyer par la Croix Rouge aux familles de Roumanie, Bulgarie et Moldavie, malgré le milliard promis et qui sera versé en leur faveur dès cette année.

Jusqu'à quand allons-nous nous laisser tondre de tous les côtés y compris par l'augmentation des prix, celui du pétrole en tête, en mettant à pieds des gens compétents qui essaient de nous sauver comme Christophe Blocher, parce qu'il tient tête aux inconscients et empêche les ploucs de profiter en rond de prébendes imméritées?

## Bonne année 2008 – Du sexe et du sang en perspective

L'année qui meurt maintenant dans la joie et les clameurs secouant les manteaux couverts de sang et de larmes, n'efface pas sous l'éclatement des feux d'artifice, les macabres souvenirs qui s'accumulent depuis des siècles au sein d'une humanité qui devient de plus en plus aveuglée par des médias robotisés, des publicités falsifiées, du sexe s'étalant au vu de tous, et le tout éclaboussé du sang de victimes innocentes.

Tous ces êtres humains qui ont perdu des êtres chers se rendent-ils compte de l'innanité des guerres, des attentats, des attaques terroristes, des épidémies virales et des empoisonnement généralisés, tous ces événements tragiques perpétrés sous le subtil endoctrinement de requins mafieux qui construisent de colossales fortunes grâce aux monceaux de cadavres des naïfs qui n'ont été convaincus, enrégimentés ou obligés d'aller défendre des intérêts qui ne sont pas et n'ont jamais été les leurs.

L'empire romain offrait déjà aux gladiateurs qui se faisaient tuer

dans les arènes pour le plaisir des nantis des jeux et du pain, aujourd'hui les milliardaires mondiaux offrent des actions boursières, de la monnaie de papier, du sexe et des mines antipersonnel parmi des bombes à fragmentation fabriquées avec de l'uranium pourri.

Comment se fait-il qu'il n'y ait qu'une poignée d'individus qui se rendent compte de la vanité de ces massacres, écrivent, se battent en politique et crient sans grand succès dans un désert peuplé d'inconscients, de profiteurs, de charlatans, de menteurs et d'une masse d'êtres se laissant vivre sans réagir, sans penser, sans comprendre et sans lutter?

A-t-on osé chercher les vraies raisons de la violence des jeunes, de leur suicide, des assassinats d'enfants et d'adultes? Sait-on vraiment pourquoi il y a des extrémistes de tous bords qui tuent ou se font exploser? Parce qu'il est dangereux de penser par soi-même au lieu d'avaloir les distorsions bibliques, historiques ou psychiques comme des moutons de toutes

couleurs, et que l'opium est plus facile à respirer par un peuple aux entités si courtement sur terre vivant sans souci, planant quand c'est possible et donnant raison au dernier qui a parlé, même si c'est au détriment du bon sens.

Bonne année compagnons d'infortune. Je m'égosille avec

quelques esprits éclairés depuis des années, mais la situation ne s'améliore pas, ni pour le climat, ni pour les animaux, ni pour les hommes et les femmes surtout qui continuent à être les souffre-douleur au milieu du cosmos.

Mary Meissner



Vision pour 2008?

## Le Piloni

La saga d'Hani Ramadan coûte cher à Genève

Ainsi pour se débarrasser de cet encombrant imam directeur du Centre islamique qui était titulaire d'un poste d'enseignant à l'instruction publique, les finances du canton ont dû lui verser la somme faramineuse de 255 000 francs de salaire, plus 90 000 francs de frais de justice, afin d'assurer la paix des ménages, somme maximale prévue par la loi en cas de licenciement forcé. Lorsque d'aucuns disent qu'il faut avoir tué père et

mère pour donner son congé à un fonctionnaire, est exact, vu que Hani Ramadan est depuis cinq ans un employé sans fonction ni travail d'aucune sorte, dûment payé 700 000 francs, tout ceci pour avoir approuvé la lapidation des hommes et femmes adultères dans un article du Monde, en contradiction totale avec notre État des droits de l'Homme. Au lieu d'avoir pinaillé et prolongé le théâtre judiciaire pour accepter en fin de compte cette issue coûteuse, il aurait mieux valu changer la loi pour pouvoir destituer aussi les employés d'État comme cela se fait dans le privé en cas de mauvaise conduite.

*Octopus*

## En parcourant la presse

En ce début d'année, la lecture des journaux quotidiens qui avaient fait relâche pendant les fêtes est édifiante. La principale information c'est de nouveau le manque total de respect pour l'hygiène, l'environnement et le travail des éboueurs. Des fêtards avinés tant à Lausanne qu'à Genève et aussi à Zurich, se sont défoulés honteusement en détruisant des voitures, des vitrines, et surtout en renversant plus de 60 poubelles à Genève. L'année a donc très bien débuté pour ces hommes de la voirie qui ont dû dès potron minet, ramasser les saletés répandues dans la ville! J'avoue que cela me dépasse, surtout après les éloges fait aux 40 000 jeunes étrangers du groupe Taizé, qui eux, ne se sont permis aucun débordement.

### Suppression des contrôles aux frontières

On apprend que cinq millions de travailleurs au noir ont travaillé dans toute l'Europe, ce qui représente d'après l'UE environ 45 millions de citoyens ayant donné du travail à ces migrants modernes. Pour finaliser cette statistique, cela veut dire que chaque ouvrier/ère a tra-

vaillé en moyenne 200 heures par an. Notre ambiance change, et vu les débordements dénoncés ci-dessus, on ne saura plus à qui se fier et où sont les personnes valables et dignes d'infiltrer nos vies.

### Déchets napolitains

Être nommé président des Verts est payant, puisque Antonio Hodggers naturalisé suisse, est devenu un nouveau collaborateur de la Tribune de Genève, journal dans lequel il a commenté les élections au Conseil fédéral, puis maintenant, donne ses impressions sur les immondices napolitaines. Non pas pour défendre l'importation de ceux-ci aux Cheneviers près de Genève où l'usine d'incinération se plaint d'être sous utilisée, mais pour convaincre les lecteurs du journal de la grandeur d'âme de la patrie d'Henri Dunant, qui vient en aide à l'écologie mondiale, car la protection des soldats comme celle de l'environnement n'a pas de frontière. Alors polluons nos champs et nos sources, notre air et nos forêts, les miasmes s'échappant des cheminées des Cheneviers sont tellement plus sains que les poubelles qui brûlent dans les fours! La grandilo-

quence d'Hodgers qui déclare que nous n'avons qu'une planète est une vérité à La Palisse qui cinq minutes avant sa mort vivait encore. Affirmer que les Suisses refusent avec dédain une telle proposition en disant que les Italiens peuvent garder leurs déchets chez eux, c'est oublier que les Italiens du Nord, de Florence et de Venise, eux mêmes refusent ce cadeau empoisonné. Il ajoute que nous ne voyons pas d'inconvénients si les pays voisins s'intoxiquent pourvu que nous gardions notre air respirable. Alors il préconise qu'en même temps qu'une acceptation de ces déchets, nous exigeons que ce pays trie ses déchets et qu'il se dépêche de construire des usines d'incinération. Notre journaliste en herbe oublie qu'il est trop tard pour le problème actuel car les sacs d'ordures napolitains contiennent des déchets toxiques qui font peur. Mais Hodggers persiste: «Aujourd'hui l'écologie est solidaire.» Merci les Verts!

### Vaccinations et Libbye

J'ai reçu en son temps un gros rapport de Simone Delarue présidente de la Ligue Nationale pour la Liberté des Vaccinations et Guerre biologique, et je suis tombée sur cet entrefilet: **Mon attention a été attirée sur le vaccin hépatite B. A la radio, sur la station Eagle 97, le commentateur Anthony Hilder accueillait par téléconférence l'ambassadeur du Sénégal pour discuter du SIDA et le dirigeant africain a dit que les peuples Indigènes dont le sien étaient considérés comme une race morte. Il raconta qu'une équipe de scientifiques et de médecins est venue et a administré le vaccin contre l'hépatite B aux tribus. Il ajouta que le sérum était contaminé et qu'entre douze et quatorze années plus tard, toutes les tribus vaccinées ont commencé à mourir du SIDA. Il expliqua qu'étant les propriétaires légaux du sol, une fois exterminés, la terre deviendrait alors la propriété des multinationales.**

Comme dans les meilleurs romans policiers, le criminel est celui auquel on n'oserait suspecter les vaccinations? Eh bien Kadafi l'a fait et a accusé les Infirmières bulgares qui auraient procédé à ces vaccinations dans son pays avec des vues politiques, économiques et militaires. Ce petit extrait du rapport est daté de 1979, avec l'adjonction de coupures de journaux divers dont voici quelques titres: Smallpox vaccine triggered Aid virus, Les Américains vont créer des virus de synthèse capables de transformer l'homme, L'Inde, cobbaye des Etats-Unis, Biological warfar dropped, Origine militaire du SIDA, etc. Même avec plus de trente ans d'écart, n'y aurait-il pas là quelques réflexions à faire? Kadafi avait-il en mains des preuves pour avoir obtenu du nucléaire français et des millions d'Euros pour les enfants?

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

**ABONNEZ-VOUS**

Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des  
Démocrates DS  
Suisses**

**Secrétariat central:**  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 974 20 10  
Fax 031 974 20 11  
sd-ds@bluewin.ch  
www.schweizer-demokraten.ch

## Vernier, poubelle de Genève, ça continue

Non contents de nous empoisonner avec l'autoroute de contournement, les citernes à mazout, les Cheneviers tout proches, le survol du territoire par des avions de plus en plus nombreux, les odeurs de Givaudan et le transit des camions venant et allant à la zone Zimeysa, les autorités cantonales faisant fi des refus réitérés de la commune concernant l'implantation du fabricant suédois de meubles IKEA sur un terrain jouxtant la principa-

le voie de communication verniolane, viennent de donner le feu vert à ce commerce immense de meubles bon marché qui a promis 200 places de travail. Naturellement, les responsables communaux rouges-verts n'ont pensé qu'aux rentrées d'impôts supplémentaires au détriment des embouteillages routiers déjà à leur maximum. Il faut compter 6000 véhicules de plus sur la route de Vernier qui est déjà utilisée à 98%,

transportant 11 000 travailleurs de la zone ZI qui s'enclouent aux heures de pointe jusqu'à la route du Mandement. Cette augmentation de la circulation implique plus d'oxydes d'azote et des NOx toxiques produits aujourd'hui déjà par les 45 000 voitures provoquant un taux de NOx deux fois plus élevé que la limite légale.

*Suite en page 15*

Cerise sur le gâteau, depuis 2 ans, le bétonnage de chaque m<sup>2</sup> de terrain se poursuit avec, sur un même chemin agricole, 24 villas, d'un côté et 54 villas de l'autre. Près du cimetière des immeubles sont sortis rapidement de terre, l'école allemande a remplacé le petit pavillon pour personnes âgées recouvrant une surface appréciable et le Canada s'est ainsi étoffé du Québec, et bientôt pourquoi pas de Frontenac et de l'Ontario, puis du St-Laurent puisque nous avons le Rhône tout près. Grâce à la nouvelle mode de fusion des communes en Suisse, la grande Genève des 800 000 habitants n'est pas loin, surtout avec une zone transfrontalière autour de Vernier et de Meyrin où l'aéroport s'enfle

comme une grenouille face au bœuf UE avide lui aussi de se nourrir aux mamelles suisses gonflées à bloc! Pour combien de temps? Et quelles idées vont-elles fleurir dans cette course folle? Il y a déjà eu une piste de skis à la Treille dans la vieille ville, maintenant une proposition d'organiser les J.O. de 2018 à Genève vient d'être lancée sur le tapis vert de la spéculation par l'ancien directeur de l'aéroport à la retraite, M. Jobin, et l'agrandissement de l'usine à gaz du Lignon.

Après l'affaire Blocher je parlais des ploucs du Conseil fédéral, je peux y ajouter les ploucs qui nous dirigent (?) dans une Genève surrendettée.  
*Charlotte Morel*

les politiciennes mondialistes... les parapluies nucléaires, les troupes disséminées aux quatre coins du globe, les shows électoraux médiatisés à outrance, les navettes spatiales gouffres sans fond.

L'UBS est la première banque à devoir avaler un amer bouillon et le fait d'accepter des milliards de Singapour et des pays du Golfe, prouvent une faiblesse tragique d'incapacités directoriales dont les Ospel ne paieront jamais le prix. Avec l'épée de Damoclès du pétrole en diminution qui pend au-dessus

de la tête des Terriens, le tableau de futures catastrophes pires que les milliers de maisons achetées à crédit qui vont tomber en ruine faute d'entretien, plus les chômeurs, les SDF et les futurs déplacés climatiques, le chaos est à nos portes. Toutes les réunions de Bali et autres ne servent déjà à rien, et les êtres humains, pauvres petites fourmis perdues dans le cosmos, tétanisées par l'argent et les belles paroles, ne se rendent pas compte du sort qui les pousse vers le néant.

*Maria de Seimners*

## Nos prévisions se réalisent

Cela ne sert à rien de crier, sauve qui peut devant la catastrophe bancaire qui s'amorce! Nous avons écrit l'année passée déjà que si les USA continuaient à faire marcher la planche à billets sans assurer une quelconque couverture or ou diamant, il ne resterait que du papier sans valeur que la Chine et l'Inde s'empressent déjà de thésau-

riser en achetant nos industries, et que les Arabes du Golfe engloutissent dans un super Hollywood prêt à recevoir les milliardaires du monde entier!

Cette histoire de subprime aux Etats-Unis cachent en réalité la faillite imminente causée par les dépenses de guerre et les aides somptuaires subventionnant les magouil-

Il faudrait cesser de se gargariser de pourcentages concernant le résultat de votes maquillés avec des oripeaux démocratiques, vu qu'on ne prend pas en compte la quantité de personnes qui se sont donné la peine de voter.

Donc, si 50% de la population s'exprime par des bulletins vraiment bien contrôlés, que veut dire le 70% d'individus ayant rejeté l'UDC représentant un 30%? Comment peut-on baser des commentaires politiques sur des résultats pareillement faussés?

Si les gens ne croient plus les commentaires des journaux et des télévisions, c'est une erreur grave d'organiser des programmes sur de tels mensonges? Cela ressemble à un château de cartes qui ne tient que par la force de faux raisonnements et de promesses vouées à l'échec, c'est-à-dire à une dictature virtuelle que l'on doit ingurgiter même si on se doute qu'elle est létale. Quand aurons-nous une forte personnalité qui osera crever ces abcès ne conduisant nulle part?

*Charlotte Morel*

## L'homme, assassin de la vie aux Editions à la Carte

### Un livre à lire absolument

Voilà une encyclopédie moderne qui se lit comme un roman noir ou un polar de portée mondiale. 32 chapitres ressemblent à des réquisitoires d'une transparence jamais égalée dans nos prétoires et les preuves s'accumulent au fur et à mesure des dégradations constatées, et dénoncées à l'encontre de nos comportements de plus en plus dégénérés et égoïstes. Car les accusés dans ce tribunal, c'est nous. Nous sommes tous responsables des catastrophes passées et à

venir, tant sur le plan physique, psychique, pratique, économique que moral. Nous sommes le cancer qui envahit notre planète et l'être humain fonce quand même vers sa destruction.

Ce livre à l'écriture concise, aux descriptions aveuglantes dans des petits chapitres classés comme un fichier de références, invite le lecteur à aller toujours plus loin dans l'horreur de nos comportements vis-à-vis des animaux et de notre environnement, malgré pour certains, un refus d'ouvrir les yeux sans possibilité de les refermer ja-

mais sur un confort usurpé et dilapidé.

J'espère que ce livre sera traduit en plusieurs langues et distribué dans les écoles pré-et post-obligatoires, qu'il sera lu et diffusé aussi largement que Harry Potter, car au moins, lui, sèmera des graines comestibles titillant nos consciences et renforçant nos désirs de changer nos méthodes et nos comportements.

Ce sont les autres chapitres du livre qui aident à faire face à nos responsabilités et Marcel Narbel a cette capacité de tirer la sonnette

d'alarme alors que notre voyage terrestre si court soit-il, peut faire tant de mal, guerres et autres massacres compris et que les promesses d'amélioration, de paix ou d'abondance d'où qu'elles viennent sont sans consistance et vainement rassurantes.

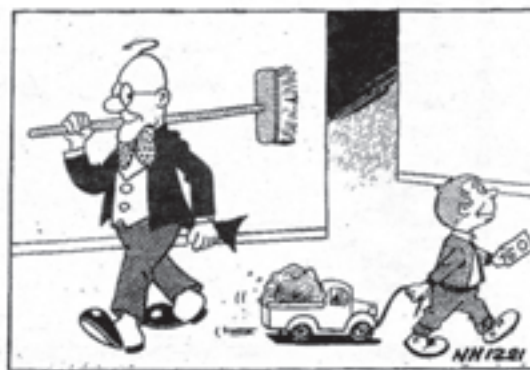
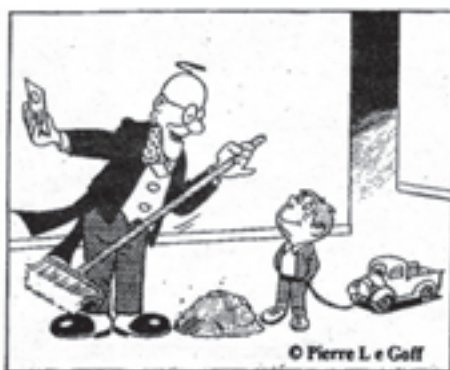
*Ce livre est disponible de suite au prix de fr. 17.- frais postaux et emballage compris directement auprès de l'auteur Marcel Narbel, ch. de la Fauvette 49, 1012 Lausanne ou Suisse-Info, C.P. 279, 1000 Lausanne 12.*

*Mary Meissner*



### NIMBUS : travail au noir !

par P. LE GOFF



## Einseitige Kohlendioxid-Massenpsychose

Die Einschränkung von Umweltschutz auf Klimaschutz im Sinne einer Bekämpfung der allgemeinen Erwärmung der Weltatmosphäre durch den Treibhauseffekt der CO<sub>2</sub>-Anreicherung hat als Massenpsychose zu gelten. Die Betrachtung ist entsetzlich einseitig, als hätte die Schweiz nicht noch andere ökologische Probleme! Gewiss, sie soll ihren Anteil an der CO<sub>2</sub>-Reduktion leisten. Doch ist sie viel zu klein, um einen entscheidenden Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten.

Zunächst ist zu rügen, dass der Glaube an eine einfache und lineare Kausalität von CO<sub>2</sub>-Konzentration zu Klimaerwärmung wissenschaftlich naiv ist. Ökologie ist ein Gesamtsystem im Sinne eines Netzes von Wechselwirkungen, die ineinander verschachtelt sind. Gerade am Beispiel der Klimaerwärmung in der Schweiz lässt sich dies aufzeigen. Sie ist nämlich grösser als es nach der Erhöhung der Temperatur im Weltdurchschnitt zu erwarten wäre, und ihre Gletscher

schmelzen schneller. Dies ist auf die Ausdehnung unserer Siedlungszonen zurückzuführen, die mit der andauernden Bevölkerungszunahme wegen der Masseneinwanderung zusammenhängt. Das Mikroklima ist in den Siedlungen auch immer wärmer als im unverbauten Gebiet. Gerade in der letzten Zeit mit der Kälteperiode wurde dieser Unterschied offensichtlich. Während im offenen Gelände die Bäume weiss von Raureif waren, präsentierten sie sich im Siedlungsgebiet und rund um dieses herum braun bis dunkelgrau und grün. Die Zunahme der Heizungen führt eben direkt zu einer Zunahme der Erwärmung, so einfach ist das! Die Öffentlichkeit beschäftigt sich jedoch lieber mit der Zunahme der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Weltatmosphäre, welche die Schweiz ohnehin kaum zu beeinflussen vermag.

An sich ist die Forderung von Nachhaltigkeit richtig. Aber was auf der Welt derzeit tatsächlich geschieht, spottet dem Begriff: allgemeine Bevölkerungsexplosion so genannt Unterentwickelter bei gleichzeitigem Aussterben der Industrieländer, Massenmigration Richtung bestimmte Gegenden mit Bevölkerungskonzentration auf Riesenstädte, Hineinpumpen von Papiergeld in den Geldkreislauf durch die Zentralbanken, um eine Weltwirtschaftskrise zu verhindern

oder mindestens hinauszuzögern sowie um die ungehemmte Selbstbedienung angeblicher Wirtschaftsmanager auszugleichen, Auspressen der letzten natürlichen Ressourcen usw. Akteure und politische Parteien, auch wenn sie sich nur zögerlich und wenig gegen die ungute Entwicklung stemmen, werden jedoch verleumdet und entmachtet!

### Einwanderung tabuisiert

Leider hat die Erhöhung regionaler Bevölkerungsdichten noch weitere Folgen als nur ökologische. Zum Beispiel führt sie zu einer Erhöhung des Pegels der Gewalttätigkeit. Dieser so genannte Dichtestress hängt mit dem territorialen Instinkt zusammen. Die Schwierigkeit wird von allen Medien fast lückenlos tabuisiert! In Grosstädten ist kriminelle rohe Gewalt immer häufiger als auf dem Land. Die SVP greift das erwähnte Problem leider nicht auf. Sie richtet sich zwar gegen die Einwanderung krimineller Elemente, gegen die «gewöhnliche» Zuwanderung aus wirtschaftlichen Motiven sagt sie aber kaum je etwas und beschäftigt sich nur mit der Gewalt ausländischer Jugendlicher. Es soll hier auch gar nicht in Abrede gestellt werden, dass die ethnische Überfremdung der Schweiz ihren Anteil an der Zunahme der Gewalt verursacht. Aber vermehrt gewalt-

tätig sind auch eingeborene Schweizer, ein Tatbestand, auf welchen politische Gegner der SVP genüsslich hinweisen. Allerdings verbinden sie sich damit den falschen Finger. Die Zunahme dieser Gewalttätigkeit ist nämlich auf die einwanderungsbedingt wachsende Bevölkerungsdichte zurückzuführen. Und Schweizer Jugendliche sind doch keine Lämmer, die man zur Schlachtbank führt, ohne dass sie sich wehren dürften!

Auch wenn sich Christoph Blocher nur halbwegs gegen die Einwanderung gewendet hat, so ist und bleibt bei dieser Betrachtung seine Abwahl als Bundesrat doch ein bedauernder Vorgang. Die Gefühle aus der Tatsache, dass der nationalkonservative Flügel der SVP die SD fast aufgesaugt hat, müssen überwunden werden! Es hat Blocher übrigens geschadet, dass er für die ersatzlose Streichung der Lex Koller eintrat, auch wenn der Entscheid wahrscheinlich auf eine Mehrheitsabstimmung in der Landesregierung zurückging. Was mit dem Ausverkauf des Urserentals an den ägyptischen Financier Sawiris geschieht, ist nämlich rechtsstaatlich äusserst fragwürdig! Der Zusammenhang wurde in den Medien leider nirgends erwähnt! Echte Besserung der Zustände ist nur durch eine radikalere Partei, als die SVP es ist, zu erwarten.

*Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat*



**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

### Abonnement

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-  
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!

Nur Zeitungsabonnement

Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern

E-Post: sd-ds@bluewin.ch

## Schutz von Grünzonen

### SD-Postulat im Zürcher Gemeinderat

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die landwirtschaftliche Nutzung der 5,3 Hektaren Land, die bisher zum Gemüsebauernhof an der Blumenfeldstrasse 104 in Unter-Affoltern gehörten, langfristig sichergestellt und das im Inventar der schützenswerten Bauten verzeichnete, 250 Jahre alte Bauernhaus definitiv geschützt werden kann.

### Begründung:

Ende März 2008 verlässt die bisherige Pächterfamilie den Hof, ermüdet von der ständigen Unsicherheit ihrer Zukunft, die namentlich dadurch entstand, dass die Stadt den Pachtvertrag immer nur um ein Jahr verlängern wollte. Die städtische Liegenschaftsverwaltung plant nun offenbar die Überbauung des Landes, womit die rasante Verbetonierung von Unter-Affoltern noch aktiv gefördert statt endlich

gebremst würde. Zwar ist die Fläche von 5,3 Hektaren für einen modernen Bauernbetrieb zu klein. Es sollte aber nicht allzu schwierig sein, dafür einen neuen Pächter zu finden, zumal in der Umgebung noch weitere Bauernbetriebe existieren und heute viele Landwirte unter dem Druck stehen, entweder die Betriebsfläche vergrössern zu können oder aufgeben zu müssen. Mit Blick auf die langfristige Sicherstellung einer genügenden einheimischen Lebensmittelproduktion ist die Erhaltung des noch vorhandenen landwirtschaftlich nutzbaren Bodens dringend geboten, dies insbesondere dann, wenn es (wie vorliegend) um grössere zusammenhängende Flächen geht. Für die Beibehaltung der Landwirtschaftsflächen am Stadtrand sprechen zudem gewichtige ökologische Gründe (Vermeidung weiterer Transportwege mit entsprechender

Umweltbelastung). Die Erhaltung des alten Bauernhauses ist ein wichtiger Beitrag, um zu vermeiden, dass Unter-Affoltern dieselbe Zerstörung des historischen Dorfbildes widerfährt, wie sie z.B. in Wiedikon und Altstetten leider schon Tatsache ist.

*Patrick Blöchliger, Ueli Brasser*

**Eidg. Abstimmung vom 24. Februar 2008**

### Parolen der SD

An einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 15.12.2007 haben die SD folgende Parolen gefasst:

**Volksinitiative «gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten»**  
Stimmfreigabe

**Unternehmenssteuerreformgesetz II**      **Nein**